

Demografiebericht und Handlungsprogramm

Kreis Warendorf

(Stand: Juni 2007)

Koordinierung:

Amt für Planung und Naturschutz
Amt für Kinder, Jugendliche und Familien



INHALTSVERZEICHNIS

EINFÜHRUNG

A. DIE BISHERIGE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IM KREIS WARENDORF

- 1. ALLGEMEINE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG (EINWOHNERZAHL)**
- 2. DIE ENTWICKLUNG DER ALTERSSTRUKTUR**
- 3. DIE ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG MIT MIGRATIONSHINTERGRUND**
- 4. NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG**
- 5. WANDERUNGEN**
- 6. BEVÖLKERUNGSBILANZ IM ZEITRAUM 2000-2004**

B. DIE PROGNOTIZIERTE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 2004 BIS 2020

- 1. ALLGEMEINE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG**
- 2. DIE ENTWICKLUNG DER ALTERSSTRUKTUR**
- 3. ENTWICKLUNG DER GEBURTEN UND STERBEFÄLLE, NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBILANZ**
- 4. WANDERUNGEN**
- 5. BEVÖLKERUNGSBILANZ IM ZEITRAUM 2004-2020**

C. DIE LANGZEITPROGNOSEN BIS 2050/2060

D. HANDLUNGSSCHWERPUNKTE UND KONSEQUENZEN FÜR DIE KREISENTWICKLUNG

- 1. Wirtschaft und Arbeit**
- 2. Kinder, Jugend und Familien**
- 3. Bildung und Schule**
- 4. Ältere Menschen**
- 5. Gesundheit**
- 6. Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt**
- 7. Mobilität**
- 8. Migration**
- 9. Finanzen**

EINFÜHRUNG

Die Ergebnisse des Bevölkerungsberichtes der Bezirksregierung Münster vom November 2005 zeigen, dass der Kreis Warendorf zu den Regionen in NRW gehört, die auch in den nächsten Jahren noch eine vergleichsweise günstige Bevölkerungsentwicklung aufweisen. Der abzusehende Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Bevölkerung zeigen aber auch, dass schon jetzt eine intensive Beschäftigung mit dem demografischen Wandel notwendig ist, um sich auf die zukünftigen Entwicklungen so früh wie möglich einzustellen.

Der Wandel wird vielfältige Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeit, Infrastruktur und Verkehr, Städtebau und Wohnen, Finanzen und Familie zur Folge haben. Als zukünftige Problemfelder zeichnen sich unter anderem drohende Konsumrückgänge, Facharbeitermangel, alternde Belegschaften und Probleme der Infrastrukturauslastung sowie steigende Kosten der sozialen Sicherung einer wachsenden Zahl alter Menschen ab.

Die demografische Entwicklung eröffnet aber auch Chancen. Beispielsweise werden neue Güter- und Dienstleistungsangebote für eine älter werdende Bevölkerung gefragt sein und eine Neuorientierung mit sich bringen: Statt bloßem Wachstum werden individuelle und qualitative Angebote und Lösungen für eine Gesellschaft mit verändertem Altersaufbau zu entwickeln sein.

Vorteile ergeben sich auch dadurch, dass man als relativ stabile Region von den Regionen mit bereits rückläufigen Einwohnerzahlen „lernen“ kann.

Der demografische Wandel ist nur über Generationen hinweg zu beeinflussen. Trotz der gegenwärtig noch günstigen Situation besteht keine Veranlassung zum Warten. Es sollten bereits jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Ausgehend hiervon ergeben sich folgende Zielsetzungen für den Kreis Warendorf:

Die Handlungsmöglichkeiten des Kreises sind genauso wie die der Städte und Gemeinden – nicht nur vor dem finanziellen Hintergrund - begrenzt. Darum ist es um so wichtiger, die eigenen Handlungsfelder und -bedarfe genau zu erkennen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Die Stärken des Kreises sind weiter zu stärken, um beim Wettbewerb der Regionen weiter bestehen zu können und auch zukünftig eine nachhaltige und positive Entwicklung des Kreises zu erreichen.

Eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den möglichen Folgen des demografischen Wandels ist erforderlich. Es gilt zu agieren und nicht nur auf die Auswirkungen des demografischen Wandels zu reagieren. Der demografische Wandel ist eine Querschnittsaufgabe. Die Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen kann nur durch gemeinsames Handeln aller Akteure gelingen.

Der Kreis Warendorf steht mit dem Bericht zur demografischen Entwicklung am Anfang dieses Prozesses.

METHODIK UND VORGEHENSWEISE

Der Begriff „Demografischer Wandel“ bezeichnet die Veränderung der Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft. Dieser Wandel wird durch die Faktoren

- Fertilität (Fortpflanzungsverhalten einer Gesellschaft),
 - Mortalität (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit) und
 - Wanderungen (Zuzüge in einen und Fortzüge aus einem bestimmten Raum)
- beeinflusst.

Der demografische Wandel ist keine neue Erscheinung, sondern findet ständig statt. So unterliegt auch der Kreis Warendorf diesem Wandel, der sich im Wesentlichen in einer Abnahme der Geburtenzahlen und einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung ausdrückt. Der demografische Wandel ist keine Entwicklung, die konstant und gleichmäßig verteilt in einem bestimmten Raum stattfindet. Deshalb ist es notwendig, nicht nur die aktuelle Situation zu betrachten, sondern auch einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und eine Vorausschau auf mögliche zukünftige Entwicklungen zu halten.

Die Grundlage für die Betrachtung der Entwicklung und Veränderung der Bevölkerungsstruktur im Kreis Warendorf bilden die Daten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen sowie die Bevölkerungsprognose der Bezirksregierung Münster vom November 2005. Die Daten für die Grafiken in diesem Bericht stammen aus diesen beiden Quellen und wurden teilweise durch eigene Berechnungen ergänzt.

Nach einer Kurzanalyse der bisherigen Entwicklung bis zum Jahr 2004 und der Vorstellung beispielhafter Ergebnisse der Modellrechnung der Bezirksregierung Münster werden Handlungsschwerpunkte für den Kreis Warendorf und seine Städte und Gemeinden aufgezeigt und entsprechende Handlungsbedarfe formuliert.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Prognosen der Bezirksregierung - insbesondere was die langfristigen Entwicklungen angeht - naturgemäß mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Vielmehr kommt es auf die Darstellung der Tendenzen an, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu erwarten sind. Diese sind schon eindeutig abzulesen.

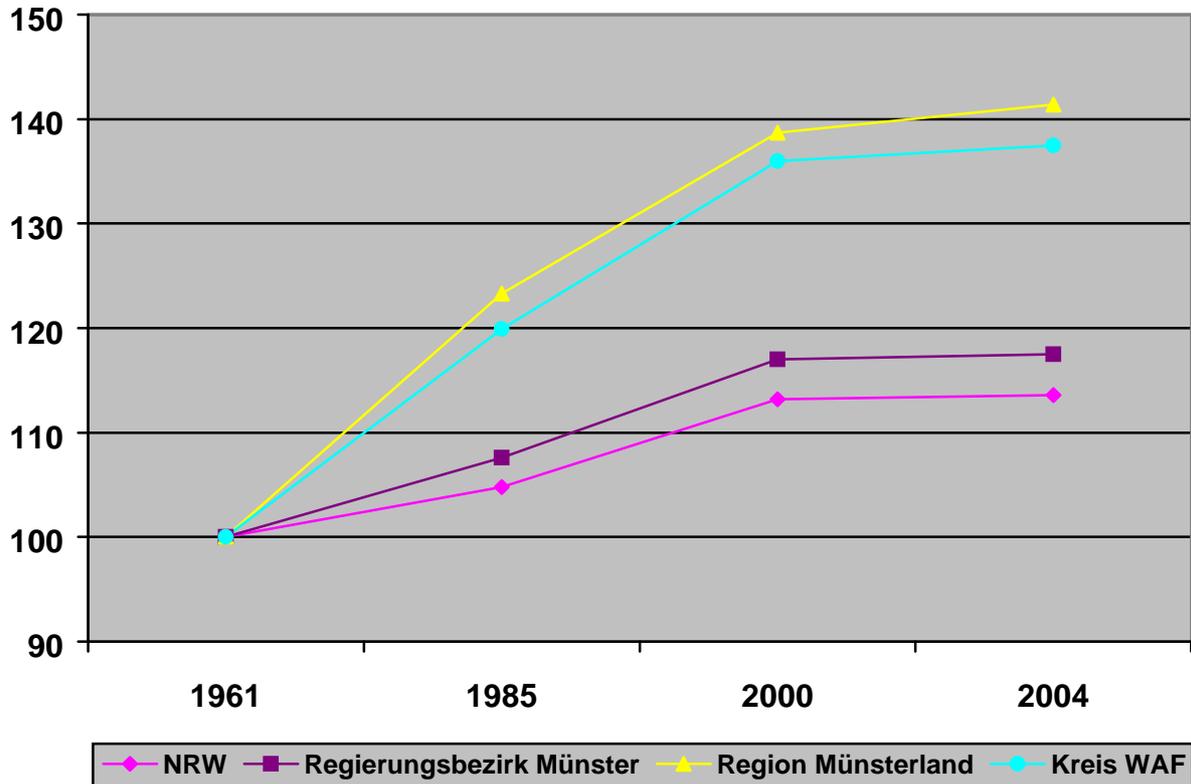
In den einzelnen Städten und Gemeinden wird es aufgrund von örtlichen Besonderheiten zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen kommen.

A. DIE BISHERIGE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IM KREIS WARENDORF

1. ALLGEMEINE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG (EINWOHNERZAHL)

Die Bevölkerungsentwicklung im Kreis Warendorf sowie im gesamten Münsterland ist im Vergleich zu NRW und dem Regierungsbezirk Münster zwischen 1961 und 2004 durch überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten von 37,5 % bzw. 41,4 % gekennzeichnet. Allerdings ist die Entwicklung räumlich differenziert zu betrachten: Während einige Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf Zuwachsraten von bis zu 168,6 % (Everswinkel) erzielten, war das Wachstum in anderen Kommunen des Kreises deutlich geringer. Beispielsweise betrug das Wachstum der Stadt Beckum lediglich 10,2 %.

Bevölkerungsentwicklung 1961- 2004 (Index 1961 = 100)

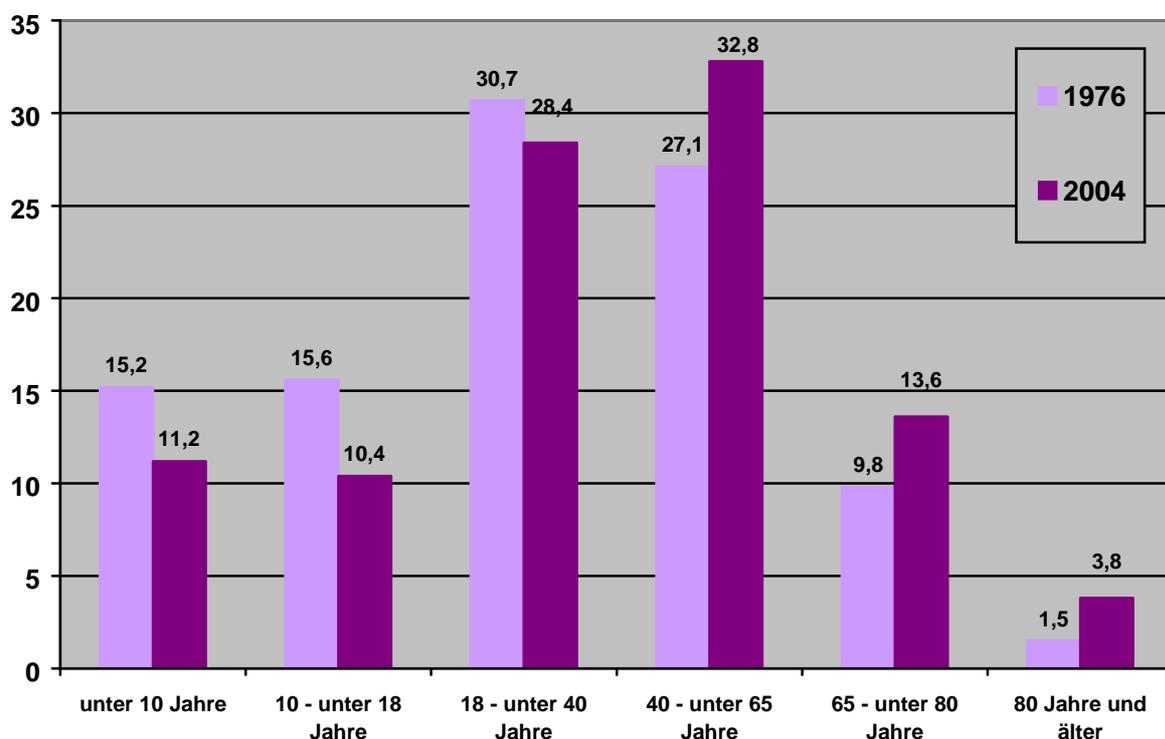


2. DIE ENTWICKLUNG DER ALTERSSTRUKTUR

Im Jahr 2004 sind nach wie vor die meisten Einwohner des Kreises der Gruppe der Erwerbsfähigen (18 - unter 65 Jahre) zuzurechnen. Im Kreis Warendorf sind dies 61,2 % der Gesamtbevölkerung (NRW: 62,4 %; Regierungsbezirk Münster: 61,9 %). Darauf folgt mit 21,6 % die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren (NRW: 18,8 %; Regierungsbezirk Münster: 20,1 %). Die Altersgruppe der Älteren über 65 Jahren weist einen Anteil von 17,4 % auf (NRW: 18,8 %; Regierungsbezirk Münster: 17,9 %). Der Kreis Warendorf hat damit gegenüber dem Durchschnitt des Landes und des Regierungsbezirks Münster eine vergleichsweise junge Bevölkerung.

Aus der Gegenüberstellung der Jahre 1976 und 2004 wird jedoch deutlich, dass sich die prozentualen Anteile zugunsten der älteren Bevölkerungsgruppen, d.h. der Erwerbsfähigen im Alter von 40 bis unter 65 und der Älteren (65 Jahre und älter), verschieben. Dieser Trend ist in allen Städten und Gemeinden des Kreises erkennbar. Bei kommunaler Betrachtung weisen insbesondere kleinere Gemeinden und Städte - insbesondere Beelen, Everswinkel, Ostbevern und Sassenberg - noch relativ hohe Anteile in den jüngeren Bevölkerungsgruppen auf. Dagegen ist der Anteil älterer Menschen in Ahlen, Beckum, Ennigerloh, Oelde und Wadersloh besonders hoch.

Altersgruppenanteile Kreis Warendorf 1976 und 2004 (in %)



Mit der Veränderung des Altersaufbaus ist zudem ein Anstieg des Durchschnittsalters einhergegangen. Im Jahr 2004 betrug das durchschnittliche Alter im Kreis Warendorf 40,4 Jahre, während es im Jahr 1976 noch bei 34,2 Jahren lag.

3. DIE ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

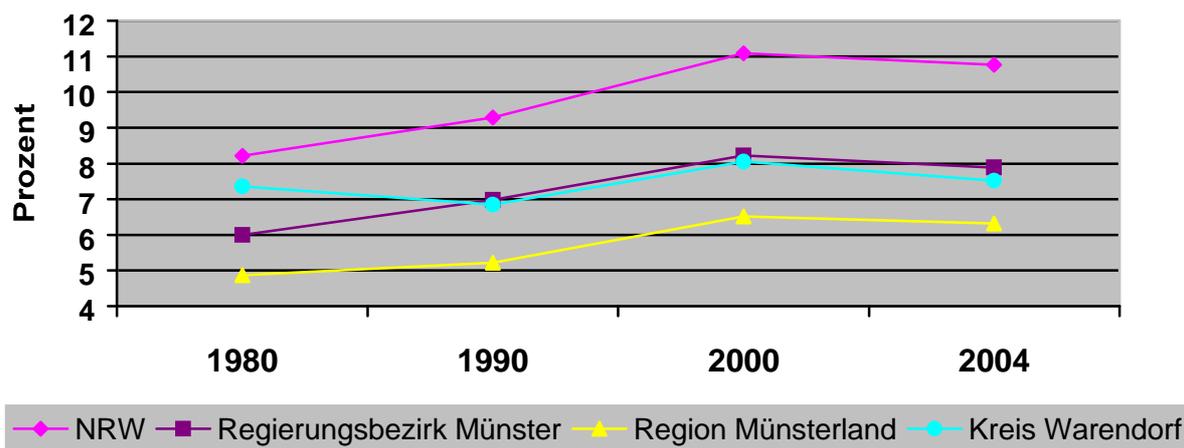
Entwicklung der Bevölkerung mit Ausländer-Status

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung im Kreis Warendorf lag im Jahr 2004 mit ca. 7,5 % deutlich unter dem Durchschnitt des Landes NRW (10,8 %) und auch leicht unter dem des Regierungsbezirks Münster (7,9 %). Dagegen verzeichnet die Region Münsterland nur einen Ausländeranteil von 6,3 %.

Bei differenzierter Betrachtung fallen deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten und Gemeinden im Kreis Warendorf auf. Die Stadt Ahlen hatte 2004 mit 12,9 % einen sehr hohen Ausländeranteil und lag damit deutlich über dem Landesdurchschnitt. Leicht über dem Kreisdurchschnitt lagen die Städte Beckum und Oelde.

Alle anderen Städte und Gemeinden hatten einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil, wobei die Gemeinde Ostbevern mit 3,1 % den geringsten Anteil aufwies.

Entwicklung der Ausländerzahlen



Im Zeitraum 1980-2000 verzeichnete der Kreis Warendorf insgesamt eine Zunahme des Ausländeranteils. Bis zum Jahr 2004 sank der Ausländeranteil jedoch wieder geringfügig, was unter anderem auf die zunehmende Zahl an Einbürgerungen zurückzuführen ist.

Entwicklung der Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund

Die tatsächliche Zahl der Personen mit Migrationshintergrund, die im Kreis Warendorf leben, ist schwer zu erfassen.

Sie setzt sich zusammen aus

⇒ Ausländern und

Demografiebericht und Handlungsprogramm für den Kreis Warendorf

⇒ Personen mit deutschem Pass, die sich nach wie vor fast ausschließlich in ihrem bisherigen Kulturkreis aufhalten. Diese können sowohl aus dem Personenkreis der Spätaussiedler wie aus dem Kreis der eingebürgerten Ausländer kommen.

In den Jahren von 1989 bis 2005 wurden ca. 17.000 Personen die Deutsche sind, aus den ehemaligen GUS-Staaten dem Kreis Warendorf zugewiesen.

In den vergangenen 14 Jahren stellten 7740 Personen einen Antrag auf Einbürgerung.

Die Zahl der Ausländer im Kreis Warendorf bezifferte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Ende 2004 auf 21.336 Personen.

Auf der Grundlage dieser Erhebungen leben insgesamt über 46.000 Personen mit Migrationshintergrund im Kreisgebiet. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von mindestens 16 %.

Die Zusammensetzung der Familien hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Ursprünglich war der größte Teil der aus der GUS stammenden Familienmitglieder deutschstämmig und sprach Deutsch im häuslichen Bereich.

Aktuell ist bei den Einreisenden in der Regel noch ein Familienmitglied deutschstämmig. Der Anteil der Deutschstämmigen ist auf rd. 22 % abgesunken.

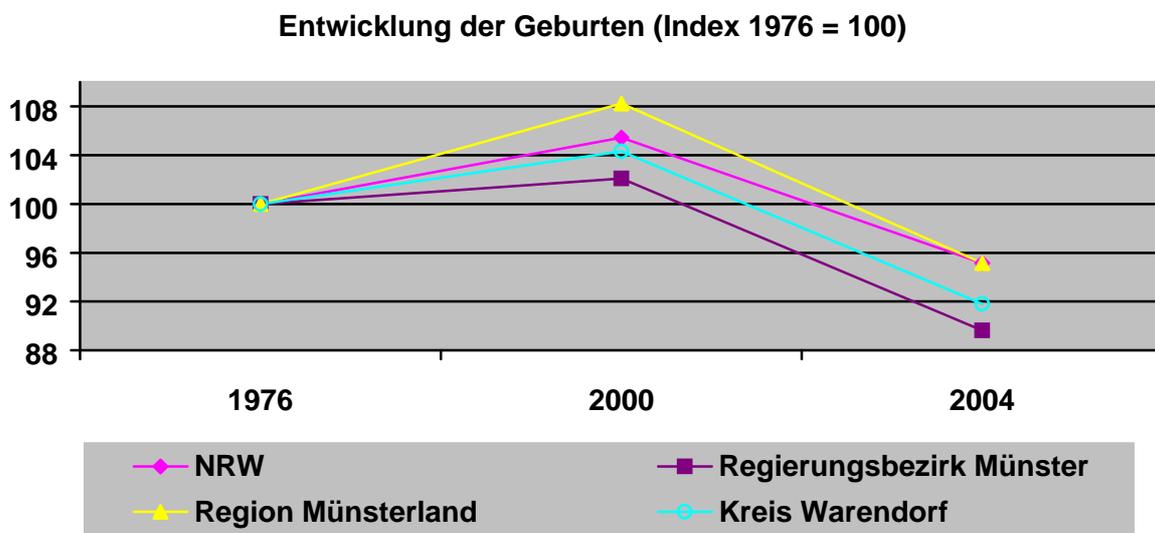
Eine Untersuchung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung stellte fest, dass russlanddeutsche Jugendliche in 90 % der Fälle im Ausland geboren wurden. Erschwerend für die Integration ist, dass sich nur 40 % der russlanddeutschen Jugendlichen im Alltag in deutscher Sprache unterhalten.

Inzwischen ist ein erheblicher Rückgang der Zuweisungen von Aussiedlern in NRW festzustellen. Im Kreis Warendorf sank die Zahl der jährlich zugewanderten Aussiedler von 1.848 (1989) auf 198 (2005).

4. NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

ENTWICKLUNG DER GEBURTEN UND FRUCHTBARKEITSKENNZIFFER

Etwa 11,6 % der Geburten im Regierungsbezirk Münster finden im Kreis Warendorf statt. Diese Quote liegt damit über dem Bevölkerungsanteil des Kreises von rund 10,8 %. Die Zahl der Geburten im Jahr 2004 ist gegenüber dem Jahr 2000 in allen Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf gesunken. Der Rückgang im Kreis Warendorf betrug ca. 12,0 % und lag damit in etwa auf dem Niveau des Regierungsbezirks Münster und der Region Münsterland.



Differenziert nach Städten und Gemeinden ergeben sich deutliche Unterschiede: Der Geburtenrückgang ist vor allem in Telgte, Everswinkel, Ostbevern und Warendorf besonders hoch. Darüber hinaus liegt der Geburtenrückgang in Beckum und Drensteinfurt über dem Kreisdurchschnitt. Den geringsten Rückgang verzeichnet die Stadt Oelde mit 4,3 %.

Die Zahl der Geburten wird entscheidend durch das Geburtenverhalten und die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter geprägt. Im Kreis Warendorf ist im Hinblick auf die allgemeine Fruchtbarkeitskennziffer (Geburten je 10.000 Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren) festzuhalten, dass sie in 2004 mit 487 deutlich über der des Landes NRW (438) und des Regierungsbezirks Münster (443) liegt. Die Spanne im Kreis Warendorf ist dabei sehr groß und reicht von 575 in Beelen bis 382 in Telgte, wobei in räumlicher Hinsicht keine eindeutigen Tendenzen erkennbar sind. Im Zeitverlauf (1976-2004) sind die allgemeinen Fruchtbarkeitskennziffern in allen Städten und Gemeinden des Kreises rückläufig, wobei die Rückgänge seit dem Jahr 2000 zum Teil erheblich sind. Auffallend sind insbesondere die starken Einbrüche in Telgte, Ostbevern und Everswinkel.

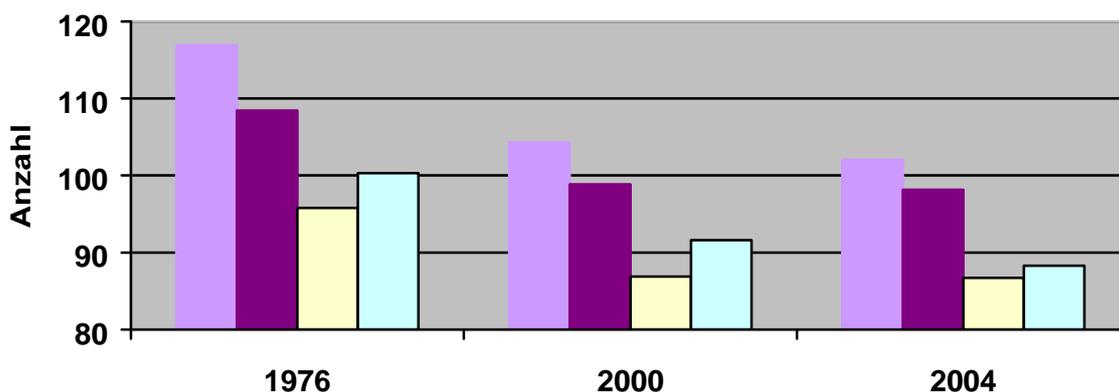
ENTWICKLUNG DER STERBEFÄLLE

Die Statistik der Sterbefälle im Kreis Warendorf weist im langjährigen Mittel einen kontinuierlichen Zuwachs auf. Abgesehen von einigen Jahren, in denen der Trend nach unten durchbrochen wurde, stieg die Anzahl der Sterbefälle seit 1976 um etwa 3 % auf rund 2.503 im Jahr 2004. Im gleichen Zeitraum stieg die Einwohnerzahl aber um 17 %. Die Zahlen machen deutlich, dass das Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren nur unwesentlich durch die Sterbefälle beeinflusst wurde.

Innerhalb des Kreises bestehen dabei teilweise gravierende Unterschiede. So hat zum Beispiel im Zeitraum 2000 – 2004 die Stadt Beckum einen Rückgang der Sterbefälle von 14,8 %, die Stadt Sendenhorst dagegen einen Zuwachs von 22,2 % zu verzeichnen.

Bei Betrachtung der Sterbeziffer (Zahl der Sterbefälle je 10.000 Einwohner), die einen direkten Vergleich mit anderen Verwaltungsebenen ermöglicht, zeigt sich, dass der Kreis Warendorf sowohl unter dem Landesdurchschnitt als auch unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Münster liegt. Zwischen 1976 und 2004 ist ein kontinuierlicher Rückgang der Sterbeziffer im Kreis Warendorf von ca. 100 auf 88 erkennbar, obwohl die absoluten Sterbefälle leicht zunehmen. Die Ursachen hierfür liegen unter anderem auch in der deutlich gestiegenen Lebenserwartung der Menschen. Der gleiche Trend zeigt sich ebenfalls auf Ebene des Landes Nordrhein-Westfalen und des Regierungsbezirks. Auf kommunaler Ebene sind jedoch unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So weisen alle Städte und Gemeinden im Kreis unterschiedlich rückläufige Sterbeziffern auf, von -1 in Oelde bis -42 in Ostbevern. In den Gemeinden Beelen und Wadersloh ist die Sterbeziffer dagegen sogar gestiegen.

Sterbefälle (je 10.000 Einwohner)



■ NRW ■ Regierungsbezirk Münster ■ Region Münsterland ■ Kreis Warendorf

5. WANDERUNGEN

DURCHSCHNITTLICHE ZUZÜGE UND FORTZÜGE P.A. INSGESAMT 2000-2004

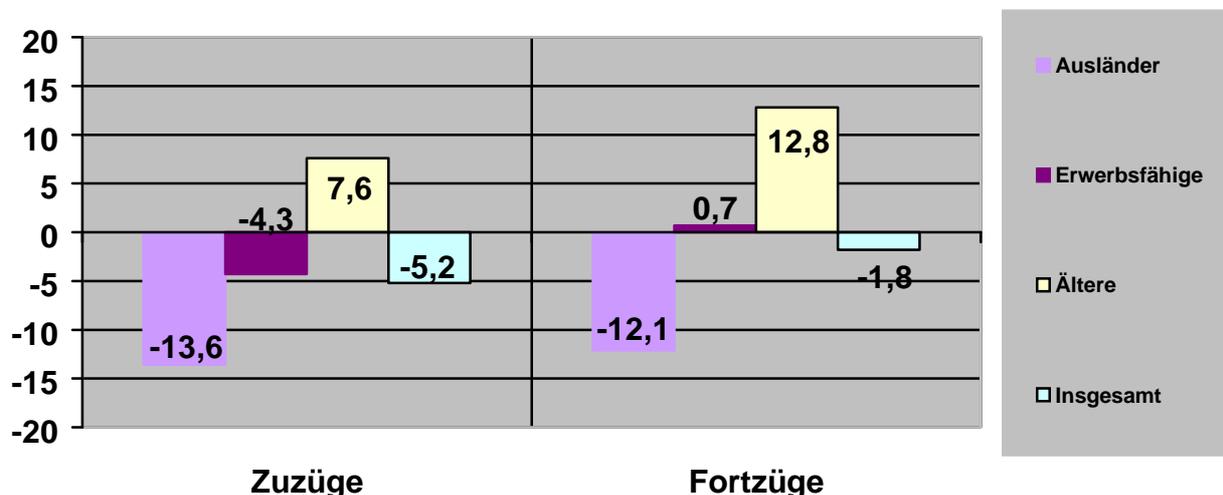
Die Zahl der **Zuzüge insgesamt** p.a. zwischen 2000 und 2004 hat im Kreisdurchschnitt gegenüber dem Zeitraum 1995-1999 um 5,2 % (11.405) abgenommen. Damit liegt der Kreis Warendorf deutlich über dem Rückgang der Region Münsterland (-1,1 %), des Landes NRW (-3,4 %) und des Regierungsbezirks Münster (-3,9 %). Innerhalb des Kreisgebietes gibt es starke Differenzen. Den stärksten Rückgang bei den Zuzügen insgesamt weist die Gemeinde Beelen (-17,3 %) auf. Eine starke Zunahme verzeichnet dagegen z.B. Sendenhorst (7,9 %).

Die **Zuzüge von Nichtdeutschen** im Kreis Warendorf waren gegenüber dem Vergleichszeitraum 1995-1999 mit -13,6 % stark rückläufig. Bei kommunaler Betrachtung sind die Unterschiede noch gravierender. Während Ostbevern 30,2 % und Sendenhorst 2,3 % mehr Zuzüge von Ausländern erhielt, verzeichnen alle anderen Städte und Gemeinden des Kreises Rückgänge von bis zu knapp einem Drittel (Telgte).

Bei den **Zuzügen der Erwerbstätigen** verlor der Kreis Warendorf 4,3 %, dagegen stiegen die **Zuzüge von Ältern** um 7,6 % an. Auf Gemeindeebene sind dabei teilweise deutliche Gewinne und Verluste zu verzeichnen.

Mit 10.739 Fortzügen p.a. im Kreis Warendorf nahm die **Zahl der Fortzüge insgesamt** gegenüber dem Vergleichszeitraum (1995-1999) um 1,8 % ab. Die durchschnittlichen **Fortzüge bei den Ausländern** konnten im Kreis Warendorf (-12,1 %) gegenüber dem Regierungsbezirk Münster und dem Land NRW überdurchschnittlich reduziert werden. Die **Fortzüge von Erwerbsfähigen** im Kreis Warendorf stagnierten annähernd. Bei der **Gruppe der Älteren** stiegen die Fortzüge im Kreis Warendorf gegenüber dem Land wie auch dem Regierungsbezirk Münster überdurchschnittlich an. Innerhalb des Kreises konnten lediglich Warendorf und Ennigerloh die Fortzüge von Älteren reduzieren.

Zuzüge und Fortzüge - Vergleich 2000-2004 zu 1995-1999 (in %)



6. BEVÖLKERUNGSBILANZ IM ZEITRAUM 2000-2004

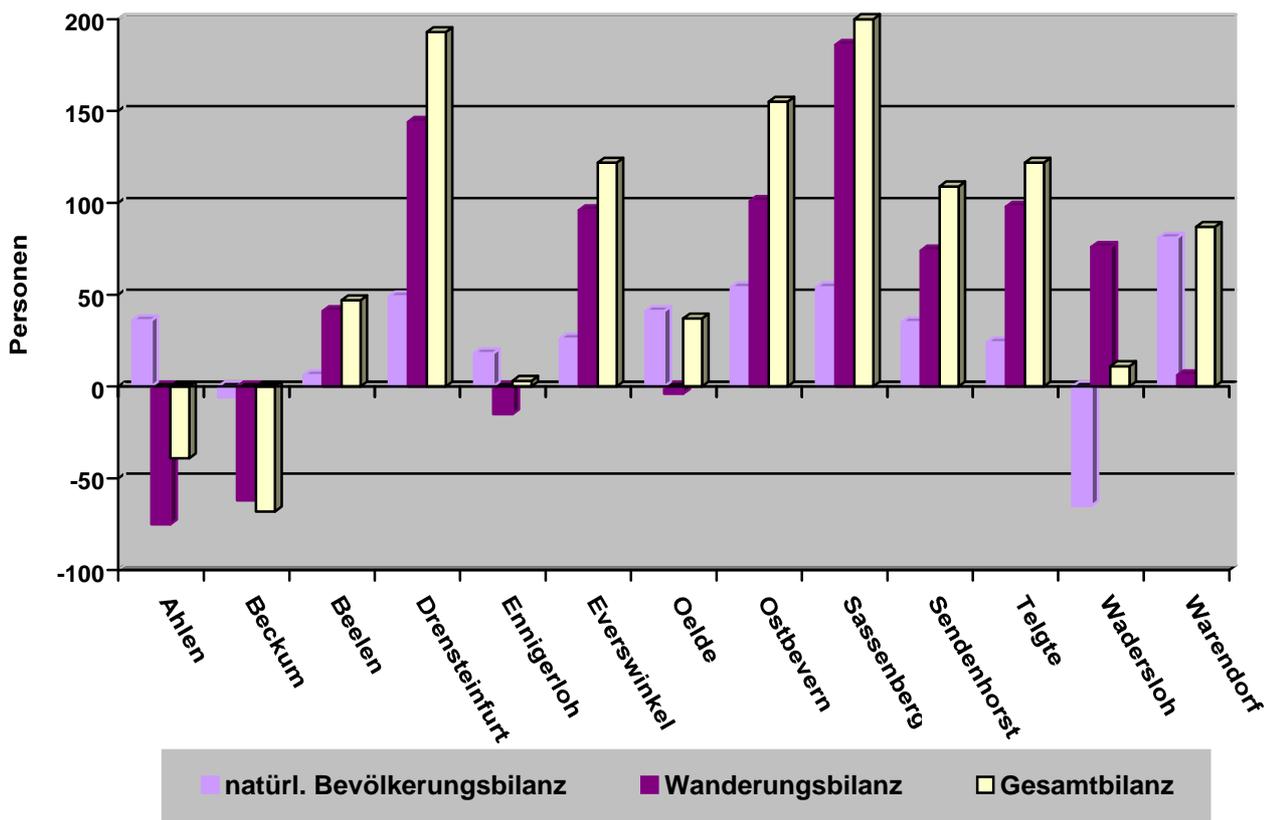
Die Gesamtbilanz der Bevölkerungsbewegung im Zeitraum 2000-2004 ist für den Kreis Warendorf mit einem Bevölkerungszuwachs von 1.019 Personen positiv. Dabei ist sowohl die natürliche Bevölkerungsbilanz mit einem Geburtenüberschuss von 353 Personen als auch die Wanderungsbilanz mit einem Zuzugsüberschuss von 666 Personen positiv.

Innerhalb des Kreises Warendorf stellt sich die Situation allerdings sehr heterogen dar. Während Ahlen und Beckum bereits eine negative Gesamtbilanz aufweisen, ist diese in den übrigen Städten und Gemeinden positiv.

Negative natürliche Bevölkerungsbilanzen haben bisher nur Beckum und Wadersloh. In Beckum wird diese durch eine negative Wanderungsbilanz verstärkt.

Ahlen, Ennigerloh und Oelde sind insbesondere durch eine negative Wanderungsbilanz gekennzeichnet.

Bevölkerungsbilanz 2000 - 2004



B. DIE PROGNOTIZIERTE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 2004 BIS 2020

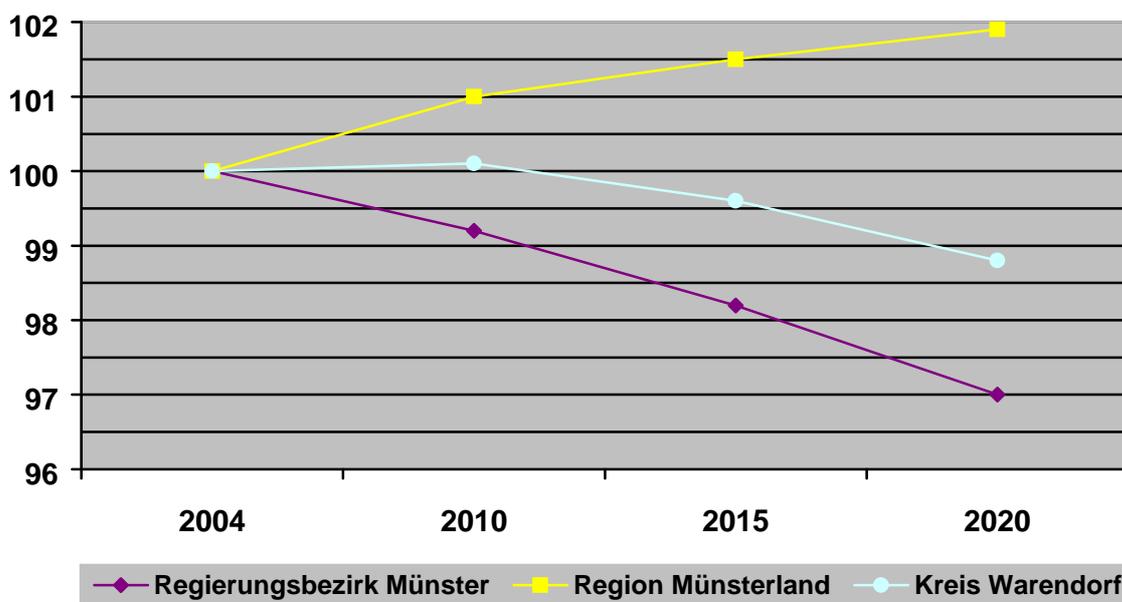
Die verwendete Modellrechnung der Bezirksregierung Münster zur künftigen Bevölkerungsentwicklung basiert auf den Daten zur Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2000-2004. Zudem wurden Eckpunkte einer neuen LDS - Landesprognose in die Modellrechnung integriert. Folgende Annahmen liegen der Prognose zugrunde:

- Der Ausgangsbestand entspricht dem Altersaufbau der Bevölkerung nach Geschlecht zum 31.12.2004.
- Die Geburtenrate entspricht derjenigen im Basiszeitraum.
- Sterbefälle: konstante Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung von Neugeborenen bis 2050 auf ca. 81,5 Jahre bei Männern und 86 Jahre bei Frauen.

1. ALLGEMEINE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG (EINWOHNERZAHL)

Die Bevölkerung des Kreises Warendorf wird bis zum Jahr 2020 um 3.400 Einwohner (-1,2 Prozentpunkte) abnehmen und verhält sich damit tendenziell schon wie die Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk. Die Region Münsterland insgesamt weist dagegen noch einen Bevölkerungszuwachs von 1,9 Prozentpunkten auf.

Prognostizierte Bevölkerung 2020 (Index 2004 = 100 %)



2. DIE ENTWICKLUNG DER ALTERSSTRUKTUR

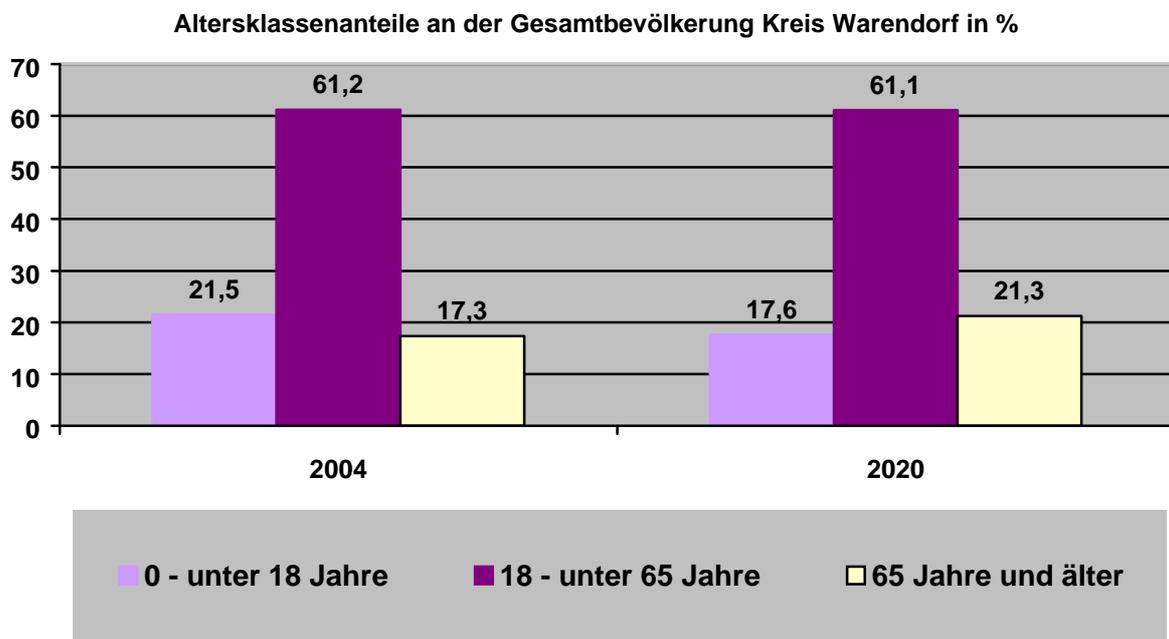
Unabhängig von der Entwicklung der Einwohnerzahlen wird es zukünftig deutliche Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung geben. Insgesamt weisen die einzelnen Altersjahrgänge, ausgenommen die älteren Jahrgänge, immer weniger Personen auf, wobei die älteren Altersklassen besonders stark besetzt sind.

Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen um 3,9 Prozentpunkte (11.635 Personen) auf einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 17,6 % abnehmen. In den Städten und Gemeinden des Kreises sind Abnahmen zwischen 7,4 Prozentpunkten in Ostbevern und 2,7 Prozentpunkten in Ahlen zu erwarten.

Die Zahl der Erwerbsfähigen im Kreis nimmt in diesem Zeitraum nur geringfügig um 1,1 Prozentpunkte (2.156 Personen) ab. Dabei sind noch Zuwächse in Beelen, Drensteinfurt, Oelde, Ostbevern und Sassenberg zu verzeichnen, während die übrigen Orte stagnieren bzw. Abnahmen aufweisen.

Die Altersgruppe der Älteren nimmt deutlich um 4,0 Prozentpunkte (10.393 Personen) zu.

Der Altersdurchschnitt steigt zwischen 2004 und 2020 um 4 Jahre auf 44,4 Jahre. Dies ist ein Hinweis auf die zunehmende Lebenserwartung in den kommenden Jahren.



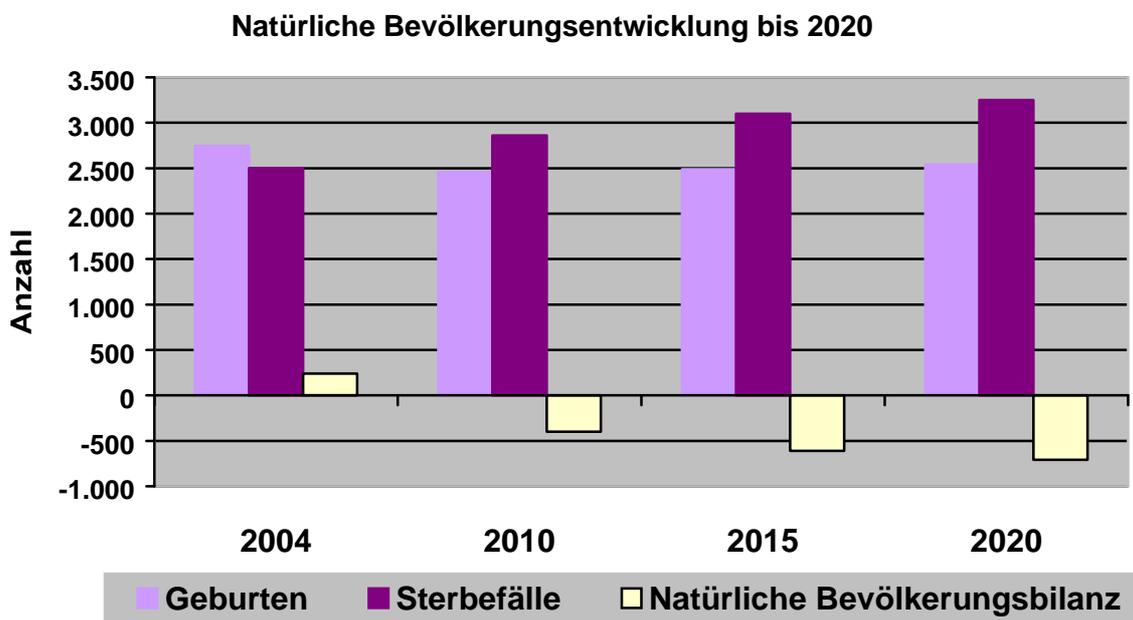
Die Verschiebungen in den Altersgruppen und daraus resultierende Konsequenzen können auch durch „Lastenquotienten“ ausgedrückt werden. So entfielen 2004 auf 100 erwerbsfähige Personen (18 - 64 Jahre) 28 Personen im Rentenalter. Im Jahr 2020 werden es bereits 35 Rentenempfänger sein. Bei dem Jugendquotienten verhält es sich umgekehrt. Auf 100 Erwerbsfähige kamen im Jahr 2004 noch 35 Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre, in 2020 werden es lediglich noch 29 sein.

3. ENTWICKLUNG DER GEBURTEN UND STERBEFÄLLE, NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBILANZ

Die Anzahl der Geburten wird insgesamt zurückgehen, wobei im betrachteten Zeitraum geringfügige Zunahmen erwartet werden, die das bisherige Niveau aber nicht wieder erreichen.

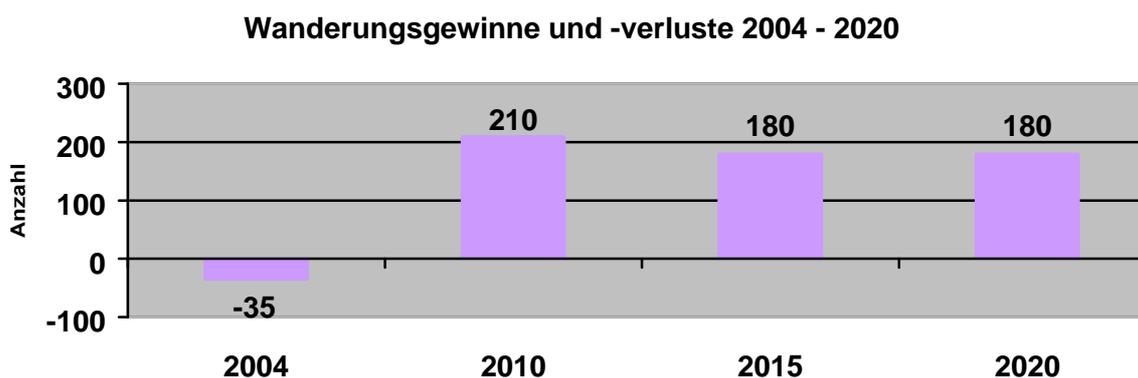
Die Sterbefälle nehmen kontinuierlich von etwa 2.500 auf 3.250 im Jahr 2020 zu.

In der natürlichen Bevölkerungsbilanz ergibt sich hieraus ein Abnahme der Gesamtbevölkerung um 710 Einwohner bis 2020.



4. WANDERUNGEN

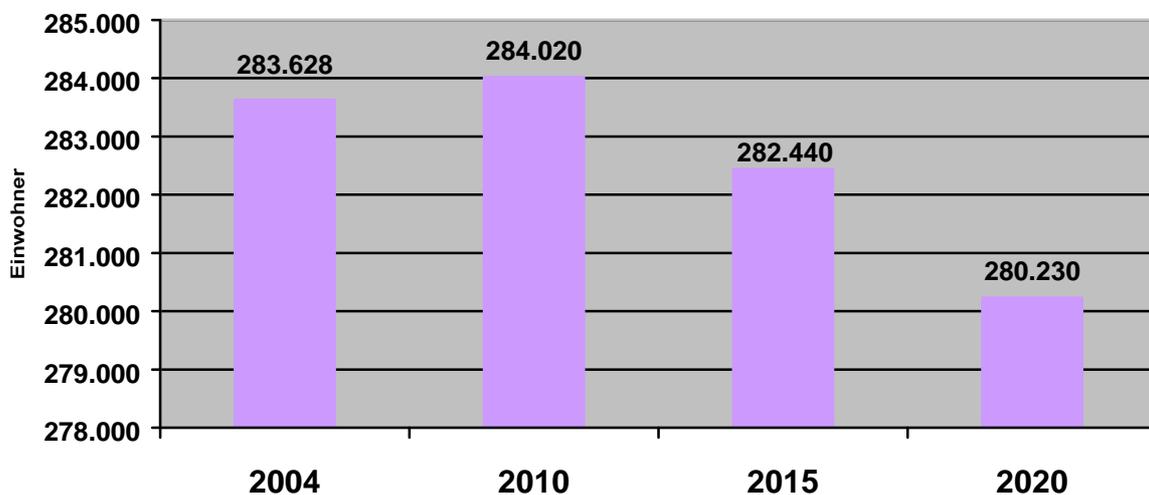
Die Wanderungsbilanz war im Jahr 2004 erstmals seit 1987 wieder negativ. Für den Prognosezeitraum werden jährliche Wanderungsgewinne angenommen, die bis 2010 aber abnehmen und ab 2011 mit einem kontinuierlichen jährlichen Einwohnerzuwachs von 180 Personen angesetzt werden.



5. BEVÖLKERUNGSBILANZ IM ZEITRAUM 2004-2020

Die Gesamtbevölkerung im Kreis Warendorf wird aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und von Wanderungen bis zum Jahr 2020 nur vergleichsweise geringfügig auf etwa 280.230 Einwohner abnehmen. Dabei wird noch mit einem Wachstum bis 2007 und einem Bevölkerungshöchststand von rund 284.300 Einwohnern gerechnet. Danach nimmt die Bevölkerung kontinuierlich und mit zunehmender Dynamik ab. Dieses ergibt sich im Wesentlichen aus dem deutlichen Sterbefallüberschuss, der aus der bereits jetzt feststellbaren Überalterung der Bevölkerung resultiert, und zu geringen Wanderungsgewinnen, die die negative Geburtenentwicklung nicht mehr ausgleichen können.

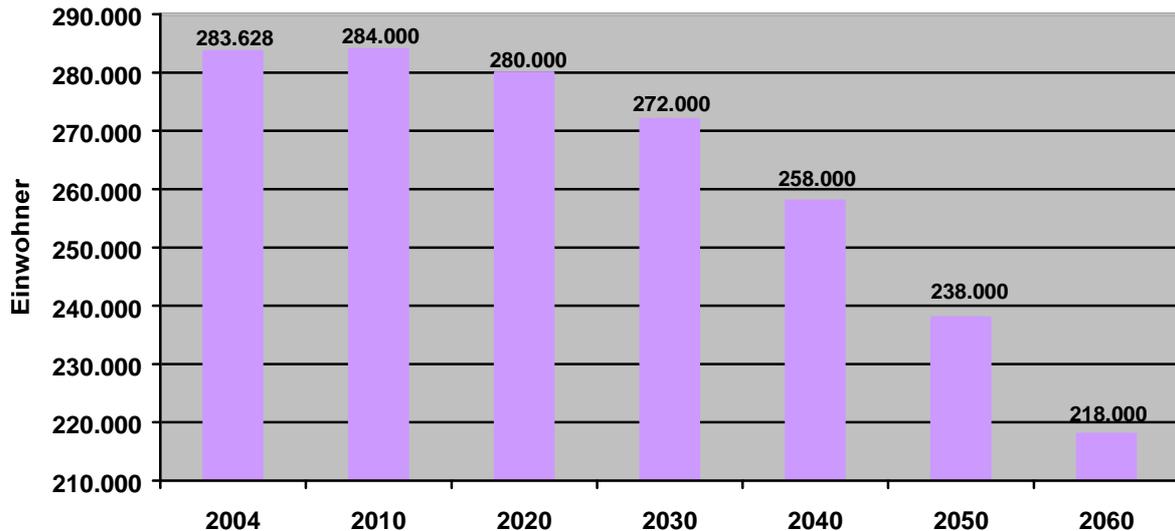
Bevölkerungsentwicklung Kreis Warendorf bis 2020



DIE LANGZEITPROGNOSEN BIS 2060

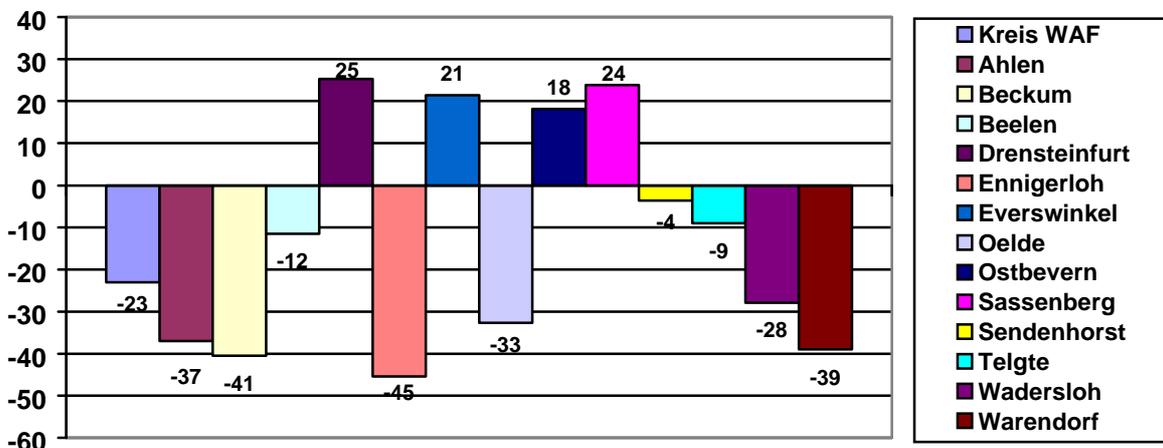
Für den Kreis Warendorf ergibt sich ein deutlicher Bevölkerungsrückgang bis zum Ende des Prognosehorizonts im Jahr 2060. Insgesamt wird sich der Schrumpfungsprozess über die Jahre verstärken und besonders zwischen 2020 und 2060 zu erheblichen Bevölkerungsrückgängen führen. Bis zum Jahr 2020 kann die Einwohnerzahl über 280.000 und damit relativ konstant gehalten werden. Bis zum Jahr 2060 wird der Kreis Warendorf dagegen 23 % seiner Einwohner verlieren.

Bevölkerungsentwicklung 2004 - 2060



Der Überblick über die zukünftigen prozentualen Bevölkerungsgewinne bzw. -verluste in den Städten und Gemeinden macht deutlich, dass die Entwicklung trotz des kreisweiten Rückgangs nicht einheitlich abläuft. Die Orte Drensteinfurt, Everswinkel, Ostbevern und Sassenberg haben im Vergleich 2004 – 2060 sogar noch Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen.

Vergleich der Bevölkerung 2004 und 2060 (in %)



Demografiebericht und Handlungsprogramm für den Kreis Warendorf

Die im Bevölkerungsbericht beschriebenen Entwicklungen machen die Problematik des Bevölkerungsrückgangs für den Kreis Warendorf deutlich. In einigen Städten und Gemeinden ist sie bereits jetzt aktuell. Langfristig ist davon auszugehen, dass dieser Trend alle Städte und Gemeinden erfassen wird.

Ursächlich für den Rückgang ist in erster Linie die deutliche Zunahme der Sterbefallüberschüsse im Kreis Warendorf. Laut Modellrechnung wird dieser Sterbefallüberschuss ungefähr bis zum Jahr 2050 anwachsen. Danach ist im Kreisdurchschnitt und auch in den meisten Kommunen des Kreises mit einem leicht rückläufigen, aber weiterhin hohen Sterbefallüberschuss zu rechnen. Diese negative natürliche Bevölkerungsbilanz kann nicht durch die prognostizierte, leicht positive Wanderungsbilanz kompensiert werden.

D. Handlungsschwerpunkte im Zuge der demografischen Entwicklung für den Kreis Warendorf

Der mit der demografischen Entwicklung verbundene Wandlungsprozess birgt trotz oft gegenteiliger öffentlicher Diskussion Chancen und Entwicklungspotenziale. Es ist heute noch nicht absehbar, wie die Entwicklung konkret aussehen wird. Mögliche Entwicklungen wurden exemplarisch in den Prognosen oben beschrieben.

Die Folgen der demografischen Entwicklung werden sich aber auf die öffentliche Infrastruktur auswirken und nahezu jeden Bereich betreffen. Die Auswirkungen werden bei den kommunalen Finanzen genauso wie in den Schulen spürbar sein. Die Verkehrsinfrastruktur wird sich verändern wie auch die Angebote im Gesundheitsbereich oder in der Kinder- und Jugendhilfe.

Angesichts der angespannten Finanzsituation müssen die notwendigen Anpassungen in die Infrastruktur möglichst frühzeitig erfolgen, um Handlungsspielräume für die Gestaltung der Lebensqualität (zurück-) zu gewinnen. Dabei muss insbesondere den Auswirkungen begegnet werden, die in ihrem negativen Zusammenwirken die Gefahr eines weiteren Verlustes an Attraktivität für das Leben in den Kommunen beinhalten. Es kommt darauf an, die Zukunftsfähigkeit des Kreises und der Kommunen zu sichern, um eine möglichst hohe Lebensqualität in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu gewährleisten.

Für die Kreisentwicklung stellt sich hier die Frage, wo bei diesem komplexen Thema Handlungsschwerpunkte und Möglichkeiten zur Gestaltung bestehen. Der Kreis Warendorf ist nicht beschränkt auf defensives Handeln. Es gilt festzustellen, welche Strategien verfolgt werden müssen, damit der Kreis Warendorf zukunftsfähig bleibt.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, eine übergreifende Gesamtstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels zu erarbeiten, die möglichst viele Akteure einbindet. Wie zuvor beschrieben, sind die Auswirkungen des demografischen Wandels örtlich höchst unterschiedlich und erfordern deshalb differenzierte Strategien.

Sozialplanungsprozesse im Kreis Warendorf

Was hat der Kreis Warendorf angesichts der demografischen Entwicklung bislang unternommen?

Der Kreis Warendorf war in den vergangenen Jahren nicht untätig. Er hat sich in drei Sozialplanungsprozessen der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe und der Familienförderung gewidmet.

In allen Sozialplanungsprozessen sind die demografische Entwicklung und ihre möglichen Auswirkungen für den Kreis Warendorf berücksichtigt worden.

Die Sozialplanungsberichte wurden in folgenden Jahren erstellt:

- 1994 Jugendhilfeplanung
- 1997 Altenhilfeplanung
- 2002 Familienbericht und Familienprogramm

Mit der bisherigen Sozialplanung hat der Kreis Warendorf bereits gute Handlungsansätze aufgezeigt und Handlungsbedarfe entwickelt, die in die Diskussion um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung einfließen können.

Familienbericht für den Kreis Warendorf

Der jüngste Sozialplanungsprozess ist der Familienbericht. Er bildet eine Klammer und konzeptionelle Zusammenführung der Planungsschwerpunkte und schafft damit eine Verbindung von Kinder und Jugend, Seniorinnen und Senioren und familiale Netzwerke.

In der Zeit von 1999 bis 2002 wurden der Familienbericht und ein Familienprogramm mit fünf thematischen Schwerpunkten (Wohnverhältnisse, Familie und Arbeitswelt, Gesundheitliche Förderung, Familie und Ehrenamt und Netzwerk familienbezogener Hilfen) erstellt. Der Familienbericht ist vom Kreistag im Oktober 2002 verabschiedet worden.

Die Besonderheit des Planungsverfahrens lag darin, dass erstmals in einem Kreis die Erstellung eines Familienberichts in Verbindung mit der Entwicklung eines Familienprogramms als Beteiligungsprojekt konzipiert und durchgeführt wurde.

An der Erarbeitung der Ergebnisse waren über 100 Fachleute aus den 13 kreisangehörigen Gemeinden, Initiativen und freien Trägern der Wohlfahrtspflege in fünf thematischen Planungsgruppen beteiligt. Die Beteiligung der Familien wurde durch eine „Bürgerinnen- und Bürger-Planungsgruppe“ sowie durch Familienforen in allen 13 Städten und Gemeinden sichergestellt, an denen mehr als 3.000 Menschen teilgenommen haben.

Zudem beinhaltet der Familienbericht ein Familienprogramm für den Kreis Warendorf. Dieses zeigt Handlungsbedarfe auf, die die Schwerpunkte der Familienpolitik für den Kreis Warendorf festlegen. Das Familienprogramm bietet weiterhin vielfache Hinweise für Maßnahmen in den kreisangehörigen Gemeinden und den familienorientierten Einrichtungen.

Die Handlungsempfehlungen des Familienberichtes finden sich in den nachfolgenden Handlungsschwerpunkten wieder und haben auch unter demografischen Gesichtspunkten eine besondere Bedeutung für die Kreisentwicklung.

Entwicklung der Handlungsbedarfe zur demografischen Entwicklung

Im Zuge der öffentlichen und verwaltungsinternen Diskussion um die Auswirkungen und Handlungsnotwendigkeiten angesichts der bevorstehenden demografischen Entwicklung wurde eine ämter- und dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die die nachfolgenden Handlungsschwerpunkte erarbeitet hat.

Dabei wurden ausgehend von den oben dargestellten Bevölkerungszahlen und Prognosen sowie aufgrund der vorliegenden Ergebnisse der Sozialplanungs- und Fachplanungsberichte und angesichts anstehender gesetzlicher und absehbarer struktureller Veränderungen Handlungsschwerpunkte gebildet.

Die Handlungsbedarfe sind nicht statisch zu verstehen, sondern sollen zu einer Diskussion anregen und Impulse zur Kreisentwicklung geben. Wichtigstes Anliegen ist es dabei, in einen gemeinsamen Prozess einzusteigen, um für die Zukunftsfähigkeit des Kreises einzutreten.

Handlungsschwerpunkte

1. Wirtschaft und Arbeit
2. Kinder, Jugend und Familien
3. Bildung und Schule
4. Ältere Menschen
5. Gesundheit
6. Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt
7. Mobilität
8. Migration
9. Finanzen

1. Wirtschaft und Arbeit

Ausgangssituation

Die Wirtschaft im Kreis Warendorf befindet sich in einem harten globalen Wettbewerb, der bereits seit Jahren zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten im Kreis führt. Seit dem Jahr 2000 ist im Kreis Warendorf im produzierenden Gewerbe nahezu jeder fünfte Arbeitsplatz abgebaut worden. Zwar konnte im Dienstleistungsbereich ein Wachstum verzeichnet werden, netto sind jedoch mehr als 6.000 Arbeitsplätze seitdem verloren gegangen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Strukturwandel auch in den kommenden Jahren anhalten wird.

Gleichwohl bietet der Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf erhebliche Potenziale für eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die es konsequent auszubauen gilt. Die Wirtschaft im Kreis Warendorf ist geprägt von einem gesunden Mix kleiner und mittelständischer Unternehmen. Aber auch innerhalb dieser Branchenvielfalt lassen sich Schwerpunkte erkennen, in denen der Kreis Warendorf auch im internationalen Vergleich eine herausragende Bedeutung besitzt.

- Die Metallverarbeitung und der Maschinen- und Anlagenbau besitzen eine herausragende Bedeutung. Jeder fünfte Arbeitnehmer findet seinen Arbeitsplatz in einer Unternehmung dieser Branchen. Besonders hervorzuheben sind dabei die Kompetenzen heimischer Wirtschaft in der Umformtechnik (spanlose Umformung metallischer Werkstoffe (Drücken, Ziehen, Pressen, Stanzen, Verbinden/Fügen) und in der Förder-technik. Hier verfügt der Kreis Warendorf über einen weit überdurchschnittlichen Bestand mit auch international sehr erfolgreichen Unternehmen.
- Ausgehend von der Zementindustrie hat sich der Kreis Warendorf zu einem bedeutenden Standort für die gesamte Bau- und Immobilienwirtschaft entwickelt. Insbesondere im Ausbaubereich ist eine Vielzahl von auch international sehr erfolgreichen Unternehmen im Kreis ansässig.
- Eine überdurchschnittliche Dichte von Unternehmen im Bereich des technischen Umweltschutzes und des Ressourcenmanagements machen den Kreis Warendorf zu einem besonderen Standort.

Die Konsequenzen der demografischen Entwicklung können im Wesentlichen nur durch eine positive Veränderung des Wanderungssaldos abgefedert werden, indem Abwanderungen vermieden und Zuwanderungen gefördert werden. Die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen ist dabei einer der wichtigsten Einflussfaktoren für Wanderungsbewegungen. Dem Erhalt vorhandener und der Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze ist daher besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Darüber hinaus sind der Erhalt und die Entstehung von Arbeitsplätzen untrennbar mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen und ihrer Ertragslage ver-

bunden. Dies erst schafft den finanziellen Handlungsspielraum für die erforderlichen sozialpolitischen Maßnahmen, die aus der demografischen Entwicklung erwachsen.

Auf dem Arbeitsmarkt ist für die kommenden Jahre vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die folgende Entwicklung zu erwarten:

Die Zahl der Jugendlichen im Kreis Warendorf, die sich im Alter für eine berufliche Ausbildung (16 - 18 Jahre) befinden, wird von 11.250 im Jahr 2005 bis zum Jahr 2007 noch auf 11.370 steigen, um über 9.400 in 2020 (-17 %) anschließend bis auf 8.720 im Jahr 2037 zurückzugehen, d.h. ein Rückgang von gut 32 % (3.500) gegenüber 2005.

Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (18 – 64 Jahre) im Kreis Warendorf wird zwischen 2005 (173.000) und 2020 (171.290) nur geringfügig um 1 % abnehmen, danach aber bis zum Jahr 2037 (139.370) deutlich um fast 20 % zurückgehen. In den nächsten Jahren wird insbesondere die Altersgruppe der jetzt etwa 40-Jährigen, die mit Abstand am stärksten besetzt ist, innerhalb der nächsten 25 Jahre (bis zur Rente) den größten Anteil innerhalb der Gruppe der Erwerbsfähigen darstellen.

Die Zahlen machen deutlich, dass sowohl bei der Lehrstellensituation als auch bei den Arbeitsplätzen aufgrund des demografischen Altersaufbaus mit einer quantitativen Entspannung der Arbeitsmarktsituation zu rechnen ist. Der durchschnittliche Rückgang bei den potenziellen Lehrlingen und erwerbsfähigen Personen aufgrund der demografischen Entwicklung beträgt etwa 1 % pro Jahr.

Zurzeit ist noch keine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt festzustellen. Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Kreis Warendorf gingen vom Ausbildungsjahr 97/98 (1.965) über den Spitzenwert im Ausbildungsjahr 98/99 (2.009) auf 1.659 Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr 04/05 zurück. D. h., nur 42 % der jungen Menschen gehen in eine Ausbildung, nicht alle Ausbildungswilligen finden einen Ausbildungsplatz.

Problematisch für die wirtschaftliche Entwicklung wird jedoch sein, dass künftig in bestimmten Bereichen Fachkräfte zu fehlen drohen. Dieser Fachkräftemangel ist bereits heute stellenweise erkennbar (z.B. bei hoch qualifizierten Ingenieuren), wird sich aber voraussichtlich bereits in 10 Jahren deutlich verschärfen. Zudem stehen Unternehmen vor der zentralen Aufgabe, auch bei alternden Belegschaften die Innovationsfähigkeit sicherzustellen.

Gleichzeitig stellt sich angesichts der demografischen Entwicklung die Frage, wie ältere Arbeitnehmer möglichst lange am Arbeitsprozess teilnehmen können, um das Erfahrungswissen zu erhalten.

Die Unternehmen im Kreis Warendorf werden sich langfristig auch dem Wettbewerb um Arbeitskräfte innerhalb und außerhalb des Kreises stellen müssen.

Handlungsbedarfe

Die nachfolgend definierten Handlungsbedarfe sind im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf (gfw), ARGE SGB II und der Agentur für Arbeit aufzugreifen.

Um eine effiziente Wirtschaftsförderung zu betreiben, ist eine kooperative Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsförderungseinrichtungen im Kreis notwendig. Dies wird bei der Neuausrichtung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf berücksichtigt.

Wirtschaftspolitik

- ⇒ Unternehmen und Existenzgründern im Kreis Warendorf ist ein kompetenter Partner der bestandsorientierten Wirtschaftsförderung zur Verfügung zu stellen. Zentrale Felder sind dabei neben der Existenzgründung die Unternehmensnachfolge, die Unternehmenssicherung und die Stärkung der Innovationsfähigkeit.
- ⇒ Der Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf ist durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas und die Entwicklung der besonderen Kompetenzfelder weiterzuentwickeln.
- ⇒ Es sind Strategien zu entwickeln, mit denen verstärkt Unternehmen im Kreis Warendorf angesiedelt werden können.
- ⇒ Die Unternehmen sind weiter intensiv bei Innovationen zu unterstützen. Innovationen sind notwendige Voraussetzungen für den Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und damit gleichzeitig für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Kern sind dazu die Kontakte zu den umliegenden Hochschulen weiter zu intensivieren, um bei Forschung und Entwicklung die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern, die Beratungskompetenz über Fördermöglichkeiten anzubieten, Lücken im Angebot technischer Dienstleistungen für Umsetzung von Innovationen für die heimische Wirtschaft durch gezielte Projekte zu schließen.
- ⇒ Angepasst an die künftigen Bedarfe der Wirtschaft sind ausreichend kommunale Gewerbeflächen auszuweisen und zu erschließen, um dem besonderen Nachholbedarf bei auflebender Konjunktur entsprechen zu können. Dabei ist insbesondere der Tendenz zu einer größeren Flexibilität bei den Betriebszeiten (24-Stunden-Betrieb) Rechnung zu tragen.
- ⇒ Die Verkehrsinfrastruktur ist bedarfsgerecht weiter auszubauen. Dies gilt insbesondere für die zentralen Straßenachsen im Kreis (B51/B64, B 475, L 586). Zur Entlastung der Wohnbevölkerung ist hier insbesondere der Bau der Ortsumfahrungen voranzutreiben.
- ⇒ Die Telekommunikationsinfrastruktur in den ländlichen Bereichen ist auszubauen. Insbesondere für Betriebe und Unternehmen ist eine leistungsfähige Breitbandversorgung zur schnellen und sicheren Datenübermittlung und Vermeidung von Standortnachteilen herzustellen.

Arbeitsmarktpolitik

- ⇒ Die kommunalen Kompetenzen und Zuständigkeiten bei der Regelung des regionalen Arbeitsmarktes sowie bei der Vermittlung von Arbeitslosen sind auszubauen.
- ⇒ Mittelfristig wird sich aufgrund des Rückgangs der nachrückenden Lehrstellenbewerber das Ausbildungsproblem verlagern: von einem Überhang an Bewerbern zu einem Mangel an Lehrstellenbewerbern, die über ausreichende Schulabschlüsse verfügen. Hier ist frühzeitig gegenzusteuern, um junge Menschen zu einem qualifizierten Schulabschluss zu begleiten.
- ⇒ Intensive Berufsorientierungsphasen müssen Jugendlichen den Einstieg in einen Beruf erleichtern. Sie müssen dabei verstärkt „betreut“ werden.
- ⇒ Berufskollegs müssen verstärkt miteinander, aber auch mit anderen an der Berufsausbildung beteiligten Institutionen kooperieren.
- ⇒ Eine gute Ausbildung ist ein Standortvorteil, über den der Kreis Warendorf verfügt. Dies sollte nach außen besser dargestellt werden.
- ⇒ Der Rückgang gut ausgebildeter junger Arbeitnehmer wird zu einer Konkurrenz der Regionen um diese Arbeitskräfte führen. Hier sind Standortfaktoren zu erkennen bzw. auszubauen, um sich dieser Konkurrenz stellen zu können.
- ⇒ Der Verlust von qualifizierten Arbeitskräften durch Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (Fachkräftemangel) muss durch noch besser und höher qualifizierte junge Arbeitskräfte kompensiert werden. Hier gilt es, durch Maßnahmen die jungen Arbeitskräfte hierauf vorzubereiten.
- ⇒ Differenzierte Bildungsgänge müssen zur Nachqualifikation vorgehalten werden.
- ⇒ Insbesondere sind auch die Kooperationen mit den umliegenden Hochschulen zu intensivieren, um eine möglichst regionsnahe akademische Ausbildung anbieten zu können.
- ⇒ Vor dem Hintergrund der vorhandenen und steigenden Probleme, ältere Arbeitsuchende in den Arbeitsmarkt eingliedern zu können, sind entsprechende Strategien zur Verwirklichung dieser Eingliederung zu entwickeln.
- ⇒ Die Frauenerwerbsquote ist zu erhöhen. Es müssen u. a. Möglichkeiten geschaffen werden, den Wiedereinstieg von Müttern in das Berufsleben zu verbessern.
- ⇒ Für die weitere Prognose zum zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften ist es erforderlich herauszufinden, in welchen Berufszweigen es zuerst Bedarfe gibt; das heißt, welche Berufe werden aufgrund von Überalterung in absehbarer Zeit neue Auszubildende benötigen, um den Bestand an entsprechenden Fachkräften sicherzustellen.
- ⇒ Aufgrund der Unternehmensstruktur im Kreis Warendorf (relativ viele kleine Unternehmen) besteht hier ein besonderes Handlungsfeld, die Unternehmen auf die Veränderungen der Altersstruktur der Mitarbeiter vorzubereiten und zu sensibilisieren.
- ⇒ Gegenseitiges Lernen im Hinblick auf die neuen Anforderungen für Unternehmen ist zu fördern und zu unterstützen. Unternehmer sollten dazu Netzwerke bilden.

2. Kinder, Jugend und Familien

Ausgangssituation

Der Kreis Warendorf ist ein familienfreundlicher Kreis. Dies wird auch durch den oben beschriebenen Zuwachs der Bevölkerung in den letzten Jahren dokumentiert, der vor allem aus dem Zuzug von jungen Familien resultierte. Auch nach wie vor liegt der Anteil der jungen Menschen weit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Die Geburtenziffer liegt im Kreis Warendorf bei 1,55 und damit auch deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt (1,35). Der Rückgang der Geburten in den letzten Jahren macht jedoch deutlich, dass die demografische Entwicklung nicht am Kreis Warendorf vorbeigeht.

Der Kreis Warendorf sieht es als seine Aufgabe, die Familien bei ihren vielfältigen Aufgaben, die sie für die Gesellschaft erbringen, zu unterstützen. Dies ist insbesondere unter der Berücksichtigung des demografischen Blickwinkels in Zukunft von besonderer Bedeutung.

Bislang durchgeführte Maßnahmen:

- Ausbau der Betreuungsangebote in Tageseinrichtungen, Ausbau der Kindertagespflege, Ausbau der Spielgruppen
- Ausbau der Angebote der Jugendhilfe
- Familienförderung, Einführung von Familiengutscheinen, Einrichtung eines Familientelefons und einer Kinderbetreuungs Börse
- Einführung des Elterntrainings, u. a. in Kindertageseinrichtungen

Familienfreundlichkeit ist als „weicher“ Standortfaktor inzwischen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zunehmend wichtiger.

Familienförderung bedeutet aber auch, für Familien im Kreis Warendorf eine lebenswerte Umwelt und Bedingungen zu schaffen und zu erhalten, damit der Kreis Warendorf als Lebensort attraktiv bleibt. Dies gilt vor allem auch im Wettbewerb der Regionen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es durch den Rückgang der Kinderzahlen zu Veränderungen der Infrastruktur bei den Kindertageseinrichtungen sowie den Einrichtungen und Angeboten der Hilfen zur Erziehung geben.

Zur Sicherstellung der Angebote und Leistungen werden ausschließlich Einzellösungen in einem Leistungssystem - z. B. Jugendhilfe, Schule, Ausbildung - den geänderten Anforderungen nicht mehr gerecht. Jede Teilleistung muss zukünftig in ihrer Wirkung und Ausführung unter dem Blickwinkel des Ganzen gesehen werden.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, der seit Jahren angestiegen ist, steigt mittelfristig weiter an und stellt eine weitere Herausforderung dar (Siehe D 8).

Handlungsbedarfe

- ⇒ Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, ist eine adäquate und ausreichende Kinderbetreuung im Kreis Warendorf erforderlich.
- ⇒ Die Angebote der Plätze für Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege sollen weiter ausgebaut werden.
- ⇒ Durch die demografische Entwicklung werden freie Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Diese sollten für Angebote für Kinder unter drei Jahren verwandt werden.
- ⇒ Die Versorgungslücken in der Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren sollen geschlossen werden.
- ⇒ Die Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen müssen flexibilisiert werden und sich an die Bedürfnisse der Familien anpassen.
- ⇒ Die Kinderbetreuungsangebote in (Schul-) Ferienzeiten für unterschiedliche Altersklassen sind zu entwickeln und zu erweitern.
- ⇒ Im Zuge der Entwicklung der Familienzentren sollten Kindertageseinrichtungen neue Schwerpunkte und Aufgaben übernehmen.
- ⇒ Die Kinderbetreuungsborse als zentrale Informations- und Vermittlungsstelle soll auf Dauer sichergestellt werden.
- ⇒ Bei vorübergehenden Notlagen in Familien soll eine sofortige Betreuungsmöglichkeit sichergestellt werden (z. B. durch Angebote der Familien- oder Tagespflege).
- ⇒ Die Vernetzung der Anbieter auf dem Feld Jugendhilfe und Schule (z. B. Schulsozialarbeit und Elternarbeit) soll unterstützt werden.
- ⇒ Die Gelegenheiten des bürgerschaftlichen Engagements sollen stärker genutzt und neue geschaffen werden.
- ⇒ Die Leistungen der Jugendsozialarbeit sollen ausgebaut werden.
- ⇒ Einelternfamilien sollen besonders unterstützt und berücksichtigt werden.
- ⇒ Eine qualitative und quantitative Bedarfsprüfung hinsichtlich eines weiteren Ausbaus der vorhandenen Familienbildungs- und Familienberatungsangebote soll durchgeführt werden.
- ⇒ Das Internet soll im Hinblick auf das Netzwerk familienunterstützender Dienste stärker genutzt werden, um entsprechende Beratungsangebote darzustellen und zugänglich zu machen.
- ⇒ Eine Beratungsstelle für Unternehmen zur Umsetzung familien- und kinderfreundlicher Arbeitsbedingungen soll eingerichtet werden.

3. Bildung und Schule

Ausgangssituation

Im Bereich Bildung und Schule wird sich die demografische Entwicklung schon in den kommenden Jahren rein zahlenmäßig dramatisch auswirken. Bereits die Zahlen der bis Juni 2005 geborenen Kinder zeigen, dass im Kreis Warendorf zum Schuljahr 2011/12 bereits ca. 21% weniger Kinder eingeschult werden als zum Schuljahr 2006/07. Bis zum Jahr 2017 erhöht sich der Rückgang noch auf ca. 25%, um sich zum Schuljahr 2024/25 wieder beim Stand des Schuljahrs 2011/12 einzupendeln und zumindest bis ca. 2032 auf diesem Niveau zu bleiben. Bevor diese Rückgänge die Grundschulen erreichen, werden sie sich naturgemäß auf Kindergärten und Kindertagesstätten und mit etwas zeitlicher Verzögerung auf die Schulformen der Sekundarstufen I und II auswirken. Durch diese Entwicklung frei werdende Personal-, Raum- und Finanzressourcen könnten zur Sanierung der öffentlichen Haushalte rigoros eingespart werden. Sie könnten aber auch – zumindest teilweise – genutzt werden, um derzeit offensichtlich bestehende Defizite in der Unterrichtsqualität und den organisatorischen Rahmenbedingungen des Lehrens und Lernens auszugleichen, Schülerinnen und Schüler gezielter zu fördern und zu fordern und damit sowohl die Effizienz des Schulsystems als auch die Chancengleichheit zu erhöhen.

Bildung heißt heute aber auch lebenslanges Lernen. Aus dem Blickwinkel der demografischen Entwicklung bedeutet dies, Lernen und Bildung nicht auf die Schullaufbahn zu beschränken, sondern für alle Altersgruppen entsprechende Angebote vorzuhalten.

Der Bildungsauftrag wird heute bereits vor der Einschulung im Kindergarten aufgegriffen und gewinnt dort immer mehr an Bedeutung. Vor allem die Integration von Migrantenkindern durch systematische Sprachförderung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Grundschulen

Der dramatische Rückgang der Altersgruppe der 6- bis 9-Jährigen um ca. $\frac{1}{4}$ der heutigen Zahl bis zum Jahr 2017 kann theoretisch dazu führen, dass ca. 15 von den 61 Grundschulen im Kreis Warendorf geschlossen und parallel dazu 25% der Lehrerstellen eingespart werden.

Insgesamt sind im Kreis Warendorf zurzeit 12 Grundschulen offene Ganztagschulen, weitere 11 Schulen im Primarbereich beabsichtigen im kommenden Schuljahr offene Ganztagschulen zu bilden.

Die Ganztagschule erhöht die Chancengleichheit vor allem für Kinder aus sozial schwächerem Umfeld, da sich die Lehrer speziellen Defiziten – auch im Bereich der Beherrschung der deutschen Sprache – umfänglich widmen können.

Doch Grundschulbildung muss auch zukünftig nicht zwangsläufig in großen, zentralen Systemen stattfinden. Eine Initiative des Landes sieht vor, dass kleine Grundschulen im Sinne des § 82 (2) SchulG als Außenstellen zukunftssicherer Stammschulen fortgeführt werden können.

Förderschulen

Über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Schülerzahlen der Förderschulen können zunächst nur Mutmaßungen angestellt werden. Die Zahl der Kinder (und Jugendlichen), die Förderschulen besuchen, hängt nicht allein von der Zahl der 6- bis 9-Jährigen (in der Sek. I auch der ca.10- bis 16-Jährigen) ab. Sie wird auch durch die Zahl der Anträge im Rahmen des Verfahrens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, des Förderschwerpunktes und des Förderortes bzw. der Zuweisungen an die Förderschulen durch das Schulamt beeinflusst.

Bei den wenigen bestehenden Förderschulen im Kreis Warendorf ist davon auszugehen, dass ihre Zahl bestehen bleiben wird.

Schulen der Sekundarstufe I

Derzeit gibt es im Kreis Warendorf 11 Realschulen, 20 Hauptschulen, 12 Gymnasien und eine Gesamtschule. Von den Hauptschulen arbeitet eine Schule bereits im gebundenen Ganztagsbetrieb, vier weitere Schulen wollen zum 01.08.2006 verpflichtende Ganztags-hauptschulen werden.

Nicht zuletzt durch den notwendigen Ausbau von Ganztagschulen verlagert sich der elterliche Erziehungsauftrag vermehrt in die Schulen. Schule nimmt vermehrt Erziehungsleistungen wahr, wenn beide Elternteile bzw. ein alleinerziehender Elternteil einer Berufstätigkeit nachgehen. Dies zieht einen vermehrten Einsatz von Sozialarbeitern, nicht nur an Schulstandorten in sozialen Brennpunkten, nach sich.

Aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen werden die Städte und Gemeinden in Zukunft besonders gefordert sein, auch im Sek. I - Bereich über den organisatorischen Zusammenschluss von Schulen nachzudenken, um vor allem im ländlichen Raum das Angebot wohnortnaher weiterführender Schulen zu sichern.

Rechtlicher Rahmen wird hierbei § 83 SchulG sein, der nach der Initiative des Landes die Möglichkeit eröffnen soll, Haupt- und Realschulen sowie Haupt- und Gesamtschulen (nur mit Sek. I) organisatorisch zusammenzuschließen, wenn es eine dieser Schulen bereits gibt und eine entsprechende Anzahl von Parallelklassen pro Jahrgang vorhanden ist.

Schulen der Sekundarstufe II

Es ist davon auszugehen, dass die Schülerzahlen in der Schulform Gymnasium etwa ab dem Schuljahr 2008/2009 abnehmen werden. Einen besonders starken Rückgang wird es zum Schuljahr 2013/2014 geben, da im Schuljahr 2012/2013 erstmals das Abitur nach 12 Jahren greift und somit zusammen mit dem (alten) Abitur nach 13 Jahren erstmals 2 Abiturjahrgänge abgehen. Diese Entwicklung darf nicht zu einer Ausdünnung der Standorte von Gymnasien führen, da im Kreis Warendorf als ländlicher Region die Quote der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife bereits jetzt mit 21% vergleichsweise niedrig ist. Der Mittelwert des Landes NRW liegt bei 26% und der des Regierungsbezirks Münster immerhin noch bei 24%.

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen auf die Berufskollegs ist für den Kreis Warendorf von besonderem Interesse, zumal der Kreis Warendorf als Schulträger der Berufskollegs unmittelbar betroffen ist. Ebenso stellen aber auch die Berufskollegs eine wichtige Schnittstelle zwischen den allgemeinbildenden Schulen und dem Arbeitsmarkt dar. Aufgrund der Altersstruktur unserer Gesellschaft werden in Zukunft mehr Menschen aufgrund des Alters aus dem Erwerbsleben ausscheiden als junge Menschen dauerhaft nachfolgen. Um so wichtiger wird es sein, Arbeitskräfte noch besser und höher zu qualifizieren.

Bei den Berufskollegs des Kreises Warendorf wird ein Höchststand an Schülern für das Schuljahr 2007/2008 erwartet. Die Entwicklung in den kommenden Jahren wird in etwa gleichmäßig verlaufen, ein Rückgang der Schülerzahlen wird erst mit dem Schuljahrgang 2019/2020 erwartet.

Die Berufskollegs müssen eine gute Balance von Fördern und Fordern erhalten und sicherstellen. Zum einen muss sich um die Gruppe der Jugendlichen ohne Abschluss verstärkt „gekümmert“ werden. Bisher stehen jedoch nicht genügend Sozialarbeiter/-pädagoginnen zur Unterstützung dieser Personengruppe zur Verfügung und Lehrerstellen können bisher nicht in Sozialarbeiterstellen umgewandelt werden. Auch ein schulformübergreifender, schullaufbahn-begleitender sozialpädagogischer Einsatz ist derzeit nicht möglich.

Zum anderen muss aber auch die Förderung für besonders Begabte durch gute, durchlässige Systeme und Bildungsgänge möglich sein.

Durch die Abschaffung der Schulbezirke auch für Berufsschulen wird ein Wettbewerb der Berufsschulen untereinander entstehen. Nur durch attraktive und passgenaue Angebote werden sich die Berufskollegs des Kreises Warendorf gegen andere Standorte, insbesondere die umliegenden städtischen Oberzentren, behaupten können.

Weiterbildung an Fachschulen der Berufskollegs

Zukünftig wird jeder Arbeitnehmer in seinem Leben mehrere Berufsbilder wahrnehmen. Das Schlagwort des „lebenslangen Lernens“ spiegelt die Wichtigkeit von Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Bereichen wieder.

Die Bildungsgänge der Fachschulen dienen der beruflichen Weiterbildung und bauen auf der beruflichen Erstausbildung und Berufserfahrungen auf. Fachschulen führen zu staatlichen Abschlüssen und zu Teilabschlüssen der beruflichen Weiterbildung. Die Ausbildung soll Absolventinnen und Absolventen befähigen, Führungsaufgaben in Betrieben, Unternehmen, Verwaltungen und anderen Einrichtungen zu übernehmen.

Daher kommt den Fachschulen eine besondere Bedeutung im Bereich der Weiterbildung zu. Die Fachschulen stehen in direktem Zusammenhang mit der Berufsschule. Solange die Berufsschule relativ stabil bleibt und gleichzeitig der Markt hoch qualifizierte Techniker benötigt, wird auch die Fachschule im Rahmen der üblichen Schwankungen weiter eine hohe Bedeutung behalten. Die Schülerzahl in der Teilzeitform könnte sich allerdings

auf Kosten der Vollzeitform erhöhen, da die berufsbegleitende Weiterbildung eine höhere Bedeutung erhalten wird.

Andere Einrichtungen der Weiterbildung

Neben den Fachschulen gibt es zahlreiche weitere Weiterbildungsinstitutionen (Volkshochschulen, Bildungswerke, Abendkollegs etc.). Die Möglichkeit, Bildungsabschlüsse nachzuholen oder sich neue Fertigkeiten (z.B. Sprachen, EDV etc.) sowie Schlüsselqualifikationen anzueignen, wird zunehmend wichtiger werden.

Hochschulen

Beispiele in den umliegenden Kreisen und Städten zeigen, dass es für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft von großem Vorteil ist, wenn eine Fachhochschule oder zumindest ein Fachbereich einer in der Nähe gelegenen Hochschule vor Ort angesiedelt ist. So beklagen zahlreiche Firmen einen Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich der Ingenieure, der sich in Zukunft noch deutlich ausweiten wird. Um diesem Trend entgegenzuwirken, kann künftig in Oelde vor Ort berufs- bzw. ausbildungsbegleitend studiert werden und der Bachelor-Abschluss in "International Management with Engineering" bzw. der Abschluss "Bachelor of Arts" in Wirtschaft erworben werden. Durch dieses Projekt werden hoch qualifizierte Mitarbeiter an die hiesige Region bzw. den Betrieb gebunden. Abgesehen von dieser Studienmöglichkeit fehlen im Kreis Warendorf Hochschuleinrichtungen bislang noch.

Handlungsbedarfe

- ⇒ Die Ganztagschule sollte flächendeckend für alle Schulformen und -stufen eingerichtet und ausgebaut werden.
- ⇒ Ziel muss es sein, dass alle Hauptschüler einen qualifizierten Schulabschluss erreichen.
- ⇒ Eine ortsnahe Beschulung der Grundschüler muss garantiert werden. Kleine Grundschulen müssen bei Bedarf zumindest als Außenstellen zukunftssicherer Stammschulen fortgeführt werden.
- ⇒ Die Frage der ortsnahen Beschulung muss in Anbetracht der demografischen Entwicklung in allen Schulformen und -stufen neu bedacht werden. Bei der Errichtung bzw. Fortführung von Schulen in Trägerschaft der Gemeinden wird verstärkt eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus erfolgen müssen, da oftmals nur bei gemeindeübergreifenden organisatorischen Zusammenschlüssen von Haupt- und Realschulen sowie Haupt- und Gesamtschulen (nur mit Sek I.) eine Schule eingerichtet bzw. fortgeführt werden kann.
- ⇒ Der Einsatz von Sozialarbeitern in den Schulen sollte „Standard“ werden und keine Ausnahme sein.
- ⇒ Intensive Sprach- und Leseförderung ist durchgängig, sowohl für deutsche als auch für Migrantenkinder, beginnend mit Sprachförderung im vorschulischen Bereich,

durchzuführen. Auch Zeiten außerhalb des Unterrichts und Ferien sollten genutzt werden.

- ⇒ Schüler mit Migrationshintergrund sollten vermehrt weiterführende Abschlüsse erlangen. Insbesondere die Problematik der "nicht-ausbildungsreifen" Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird bei der Erstellung des Integrationsberichtes des Kreises vertieft.
- ⇒ Berufskollegs müssen verstärkt miteinander, aber auch mit anderen an der Berufs- und Hochschulausbildung beteiligten Institutionen kooperieren und Netzwerke aufbauen.
- ⇒ Die Fachschulen müssen gesichert und weiter ausgebaut werden.
- ⇒ Es sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, auch im Kreis Warendorf ein auf die hiesige Wirtschaft zugeschnittenes Angebot einer Fachhochschule einzurichten und Kooperationen mit Hochschulen und Fachhochschulen aufzunehmen bzw. zu intensivieren.
- ⇒ Differenzierte Bildungsgänge müssen zur Nachqualifikation vorgehalten werden.
- ⇒ Weiterbildungsangebote müssen dauerhaft auch in der ländlichen Region vorgehalten werden.

4. Ältere Menschen

Ausgangssituation

Die demografische Entwicklung wird zu einer deutlichen Verschiebung in der Alterspyramide führen. Die Anzahl der älteren und hochaltrigen Menschen wird in den kommenden Jahren überproportional zunehmen. Zur Zeit beträgt der Anteil der Menschen über 65 Jahre 19% und der Anteil der Hochaltrigen (über 80 Jahre) 4%. Im Jahr 2015 wird der Anteil der Menschen über 65 Jahre bereits 22,7 % und der der Hochaltrigen 6,6 % betragen. In den folgenden 20 Jahren bis 2035 wird sich der Anteil auf 30,6% (65 J. und älter) erhöhen und bei den Hochaltrigen mit 7,8 % fast verdoppeln. Das Durchschnittsalter wird sich im Kreis Warendorf von heute 41 Jahre auf 46,8 Jahre erhöhen.

Im Rahmen der Altenhilfeplanung wurde bereits die Lebenssituation der älteren Menschen im Kreis Warendorf untersucht. Dort wurden Handlungsbedarfe festgestellt, die auch weiterhin ihre Gültigkeit besitzen. Sie sind in den nachfolgenden Handlungsbedarfen aufgegriffen worden.

Mögliche Folgen bzw. Auswirkungen für die Bereiche Soziale Sicherung, Pflege und Infrastrukturentwicklung ergeben sich vor allem daraus, dass

- ⇒ Mehr-Personen-Haushalte zurückgehen und Ein-Personen-Haushalte zunehmen.
- ⇒ die Familiennetzwerke zur Versorgung alter Menschen immer grobmaschiger werden. Gründe hierfür sind neben Kinderlosigkeit auch die wachsende Mobilität in der Gesellschaft und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen.

Immer mehr Menschen werden im Alter auf fremde Hilfe angewiesen sein. Die demografische Entwicklung erfordert deshalb, dass zur Versorgung der älteren und hilfe- bzw. pflegebedürftigen Menschen eine zielgerichtete Unterstützung zum Ausbau bedarfsgerechter Angebote erfolgt.

Dabei ist es ebenso notwendig, im vorpflegerischen und komplementären Bereich Angebote vorzuhalten wie auch im ambulanten und teil- bzw. vollstationären Bereich.

Zurzeit stehen Heimplätze für ca. ein Fünftel der über 80-Jährigen zur Verfügung. Geht man davon aus, dass die Versorgung im gleichen Maße sichergestellt werden muss, wäre eine erhebliche Ausweitung der stationären Angebote in den nächsten Jahren erforderlich. Nur mit einer weiterhin konsequenten Umsetzung des Grundsatzes "ambulant vor stationär" kann es gelingen, diese Entwicklung einzudämmen.

Im Rahmen der Infrastrukturentwicklung der Kommunen müssen bereits jetzt die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigt werden. Derzeit werden z. B. erste Wohngruppen für Menschen mit Demenz errichtet.

Trotz der zunehmenden Gefahr von Altersarmut ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Verbrauchergruppe der älteren Menschen in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Neue Produkte und Dienstleistungen werden dazu führen, dass sich die „Seniorenwirtschaft“ weiter etablieren wird.

Handlungsbedarfe

Wohnen

- ⇒ bedarfsgerechte Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen schaffen,
- ⇒ altengerechte Wohnungen in Zentrumsnähe,
- ⇒ Mehrgenerationenhäuser errichten und ausweisen,
- ⇒ kleinräumige Verknüpfung verschiedener Wohn- und Betreuungsangebote im Wohnviertel einrichten,
- ⇒ Wohnungsbestände bei Modernisierungen an die Bedürfnisse der älter werdenden Menschen anpassen,
- ⇒ selbst bestimmte Wohnformen für ältere Menschen, die nicht zu Hause versorgt werden können (z. B. betreutes Wohnen, gemeinschaftliches Wohnen, ambulant betreute Wohngruppen) ausbauen,
- ⇒ Wohnraumanpassungsberatung weiter optimieren und ausbauen.

Betreuung und Unterstützungsleistungen für ältere Menschen

- ⇒ Freizeitangebote für ältere Menschen ausbauen,
- ⇒ nachberufliche Tätigkeit, insbesondere im Rahmen von ehrenamtlichem Engagement, fördern,

- ⇒ Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliches Engagement stärken und mit professioneller Hilfe verbinden,
- ⇒ niederschwellige/komplementäre Betreuungsangebote (z.B. Besuchsdienste, gärtnerische/hauswirtschaftliche Hilfestellungen) ausbauen und ggf. öffentlich fördern,
- ⇒ Vermittlungsbörse für ehrenamtliche/komplementäre Hilfen aufbauen,
- ⇒ Unterstützung der pflegenden Angehörigen.

Pflegeangebote

- ⇒ Ambulante und teilstationäre Angebote weiter ausbauen.
- ⇒ bedarfsgerechter und moderater Ausbau der stationären Pflegeplätze,
- ⇒ neue Angebote entwickeln und die Erprobung und Initiierung unterstützen,
- ⇒ vor einer Heimaufnahme die Heimbetreuungsbedürftigkeit prüfen und ggf. Begleitung und Unterstützung der Hilfebedürftigen bei der Versorgung in der eigenen Wohnung (Grundsatz: ambulant vor stationär),
- ⇒ Unterstützung der Pflegebedürftigen bei der Organisation der ambulanten Betreuung und Pflege (z. B. durch Case-Management),
- ⇒ Pflegeberatung sicherstellen und weiter ausbauen.

5. Gesundheit

Ausgangssituation

Im Kreis Warendorf finden sich eine flächendeckende und ausdifferenzierte medizinische Versorgung sowie zahlreiche gesundheitsorientierte Angebote. Auf dem Gebiet der Maximal- bzw. Spezialversorgung werden die bestehenden Angebote durch das Spektrum des nahe liegenden Oberzentrums Münster (z.B. Universitätsklinik, Krebsregister, Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst) ergänzt.

Im Einzelnen stehen den rund 280.000 Bürgerinnen und Bürgern vier Allgemeinkrankenhäuser (WAF, Ahlen, Beckum und Oelde) sowie drei Fachkrankenhäuser (Geriatrische Rehabilitationsklinik Maria Frieden in Telgte, Psychiatrische Klinik St.-Rochus-Hospital in Telgte und das Orthopädische Zentrum / Nordwestdeutsche Rheumazentrum in Sendenhorst) zur Verfügung.

Im Rahmen der Krankenhausplanung wurde der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung bereits Rechnung getragen. Es wurde eine 40-Betten-Akutgeriatrie (zuzüglich 10 Plätze Tagesklinik) im St.-Elisabeth-Hospital Beckum ausgewiesen. Damit wird die absehbare Versorgungslücke im Süden des Kreisgebietes geschlossen werden.

Auch bei der gerontopsychiatrischen Versorgung zeichnet sich eine dezentrale, wohnortnahe Struktur ab. Bislang werden lediglich im nordwestlichen Kreisgebiet gelegenen St.-

Rochus-Hospital Telgte 45 Betten für gerontopsychiatrisch erkrankte Patienten vorgehalten.

Mit Feststellungsbescheid der Bezirksregierung vom November 2004 wurden 12 Tagesklinikplätze für Gerontopsychiatrie sowie 2 Tageskliniken mit je 20 Plätzen bewilligt. Von den bewilligten Tageskliniken gibt es bisher eine Tagesklinik mit 20 Plätzen für die allgemeine Psychiatrie in Warendorf. Es ist vorgesehen, die Tagesklinik mit 12 Plätzen Gerontopsychiatrie als Außenstelle des St.-Rochus-Hospitals in der bisherigen Kinderklinik am St.-Franziskus-Hospital Ahlen unterzubringen. Ergänzt durch eine ebenfalls geplante Tagesklinik für Allgemeine Psychiatrie (20 Plätze) in Ahlen könnte sich langfristig ein zweiter psychiatrischer Krankenhausschwerpunkt im bevölkerungsreichsten Ort des Kreises Warendorf entwickeln.

Im ambulanten Bereich finden sich neben einem dichten Netz von 338 niedergelassenen Ärzten und 96 Heilpraktikern noch zahlreiche Vertreter von Gesundheitsfachberufen (19 Ergotherapeuten, 15 Logopäden, 44 Masseur und med. Bademeister, 91 Physiotherapeuten, 38 Krankenhaus-Hebammen, 41 freiberuflich in der Schwangerschaftsvor- u. -nachsorge tätige Hebammen, 28 Podologen, 180 Fußpfleger und 24 ambulante Pflegedienste).

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist mit seinem sozialpsychiatrischen Dienst in den vier bevölkerungsreichsten Städten des Kreises Warendorf in Form einer Dienststelle präsent. Der kinder- und jugendärztliche Dienst ist in den Dienststellen Ahlen, Beckum und WAF vertreten. Hinzu kommen Dienste (z.B. Gesundheitlicher Umweltschutz, Gesundheitsaufsicht, Amtsärztlicher Dienst), die bei Erfordernis auch von Warendorf aus Hausbesuche und andere Außentermine wahrnehmen.

Im Zuge der demografischen Entwicklung wird sich bei den älteren Menschen, bezogen auf den gesundheitlichen Zustand, tendenziell eine Zweiteilung ergeben. Die sozialen und gesundheitlichen Unterschiede werden sich bei der Gruppe der älteren Menschen somit weiter diversifizieren.

Bei einem Teil der älteren Menschen ist festzustellen, dass diese immer „gesünder älter“ werden, sodass durch eine wohnortnahe medizinische Versorgung und durch ambulante Hilfsdienste hier bereits ein ausreichender Grad an Unterstützung erreicht wird.

In Zukunft wird es vermehrt Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) sein, Versorgungsengpässe zu identifizieren, Angebotslücken schließen zu helfen und Eigenhilfe zu fördern. In Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten könnte für diese Gruppe die präventive Hilfe im Vordergrund stehen.

Bei dem anderen Teil der älteren Bevölkerung wird es zu einer Zunahme der spezifischen altersbedingten Erkrankungen (Demenz, Gelenkarthrosen, Diabetes mellitus, Bluthochdruck u.a.) kommen, ohne dass diese in der Lage sein werden, diese mit eigenen Mitteln

auszugleichen. Hier wird sich ein weiteres Betätigungsfeld, auch für den ÖGD, ergeben. Durch die Zunahme der Nachfrage an geriatrischen und gerontopsychiatrischen Angeboten wird die „Gesundheits- und Pflegebranche“ zu den wirtschaftlichen Gewinnern der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten gehören. Der ÖGD sollte hier neben den eigenen Effekten des Marktes sinnvollen steuernden Einfluss auf Quantität, Qualität und Verteilung der Versorgungsangebote ausüben.

In der jüngsten Vergangenheit stellte sich bereits heraus, dass insbesondere bei jungen Familien die Unterstützung bei gesundheitlichen Fragen sinnvoll ist. Ausgelöst durch den Rückgang traditioneller familiärer Strukturen („Mehrgenerationsfamilien“) und dadurch bedingten Verlust des Erfahrungswissens ist es in Zukunft in noch höherem Maße erforderlich, Familien in dieser sensiblen Phase professionell zu unterstützen.

Handlungsbedarfe

- ⇒ Im Bereich der Gesundheitshilfe ist in Anbetracht der demografischen Entwicklung ein Zusammenwirken verschiedenster Akteure besonders erforderlich. Der ÖGD könnte hier eine koordinierende Funktion übernehmen. Neue effiziente Formen einer koordinierenden Aufgabenwahrnehmung müssen gefunden werden.
- ⇒ Um die weiteren Handlungsfelder besser einschätzen zu können, sollte eine zielorientierte Gesundheitsberichterstattung durchgeführt werden.
- ⇒ Die Handlungsschwerpunkte sind vor allem im (primären) Präventionsbereich zu finden. Hier ist es nicht das Ziel, die Professionalisierung und die Angebote weiter auszubauen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe und die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen weiter auszubauen. Es gilt insbesondere die Eigenressourcen zu fördern und zu unterstützen.
- ⇒ Aufgabe des ÖGD wird es in Zukunft sein, stärker die aufsuchende Arbeit in sozialen Problemzonen und bildungsfernen Schichten auszubauen. Beispielhaft sind hier die Beratungsstelle für Eltern entwicklungsverzögerter und behinderter Kinder oder der sozialpsychiatrische Dienst zu nennen, die bereits Familien aufsuchen und Hilfebedürftige vor Ort betreuen, beraten und unterstützen.
- ⇒ Der Schutz der Gesundheit von Kindern sollte verstärkt als besonders wichtige Aufgabe des ÖGD und der gesamten Gesellschaft öffentlich dargestellt werden.
- ⇒ Altern muss zunehmend als natürlicher Prozess verstanden werden. Durch einen gesunden Lebensstil und gezieltes Training sollte das Bewusstsein in der Bevölkerung geschärft werden, dass die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit auch im Alter lange aufrechterhalten werden kann. Selbstständigkeit, gesellschaftliche Aktivität und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten ist das Ziel von Prävention und Gesundheitsförderung. An diesem Prozess muss der ÖGD nach Kräften mitwirken.

⇒ In NRW wurden nach offiziellen Angaben des Bundesamtes für Statistik in 2003 26.038 Abtreibungen vorgenommen. Alle Förder- und Hilfsmöglichkeiten zum Schutze des werdenden Lebens müssen noch intensiver ausgeschöpft werden.

6. Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt

Ausgangssituation

Der Kreis Warendorf ist ein attraktiver Wohnstandort. Die Städte und Gemeinden im Kreis bieten eine ausgewogene Siedlungsstruktur mit guter siedlungsnaher Versorgungs- und Freizeitinfrastruktur.

Der Traum vom Eigenheim im Grünen lässt sich im Kreis Warendorf noch zu erschwinglichen Preisen realisieren.

In den vergangenen Jahren konnten die Kommunen durch eine aktive und kluge Flächenpolitik einen deutlichen Zuwachs der Bevölkerung verzeichnen. Die Städte mit guter Verkehrsanbindung im Umfeld der Stadt Münster und der Stadt Hamm haben deutlich von der Stadt-Umland-Wanderung profitiert.

Durch den demografischen Wandel werden sich vielfältige Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, aber auch auf die Erfordernisse und Anpassung der siedlungsnahen Infrastruktur ergeben.

Die Altersgruppe der Personen, die klassischerweise für den Wohnungsneubau in Frage kommt, d.h. die der 30 bis 40-Jährigen, wird zwischen 2005 und 2020 um etwa ein Viertel zurückzugehen. Hinzu kommt, dass die Tendenz zu weniger Heiraten, Familiengründungen und Geburten anhalten wird.

Neben der Zahl der potenziellen Wohnungsnachfrager wird der künftige Wohnungsbau und damit die Siedlungsentwicklung von der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung und den Bedürfnissen der jeweiligen Altersgruppen bestimmt. Eine wesentliche Rolle spielt die Anzahl und Größe der Haushalte, da sich hieraus die unterschiedlichen Bedarfe nach bestimmten Wohnungsformen ergeben.

Im Kreis Warendorf zeichnet sich trotz der leicht abnehmenden Bevölkerung mittelfristig eine Zunahme der Haushalte ab. Dies ergibt sich aus der Zahl der zunehmenden Klein- und insbesondere Ein-Personen-Haushalte, die den allgemeinen Einwohnerrückgang zunächst überlagern. Mit der Zunahme der Kleinhaushalte verändert sich die Nachfrage nach bestehendem oder neu zu schaffendem Wohnraum.

Festzustellen bleibt auch, dass die Zahl der jungen Familien als Kerngruppe der Einfamilienhausnachfrager abnehmen wird. Als Folge könnte sich eine nachlassende Nachfrage nach neuem Bauland für den klassischen Ein- und Zweifamilienhausbau ergeben.

Der höhere Bedarf an kleineren Wohnungen kann tendenziell auch die Innenstädte mit einem in der Regel kleineren Wohnungszuschnitt begünstigen. Die Zielgruppe 50+ wird mittelfristig deutlich größer werden. Die Auswirkungen für den Wohnungsbedarf älterer Menschen sind in Punkt D.4 näher beschrieben.

Der Kreis hat bei der Siedlungsentwicklung nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Einflussnahme, da die Stadt- und Siedlungsentwicklung durch die Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung gesteuert wird.

Handlungsbedarfe

- ⇒ Im Sinne der interkommunalen Zusammenarbeit sollte eine Siedlungsentwicklung angestrebt werden, die auf die zukünftig erwartete Bevölkerung abgestimmt ist.
- ⇒ Für Familien ist weiterhin ausreichend geeignetes, attraktives und erschwingliches Bauland bereitzustellen.
- ⇒ Wohnungen für Kleinhaushalte müssen vermehrt zur Verfügung gestellt werden.
- ⇒ Die Wohnungsverdichtung im Bestand ist bei zukünftigen Planungen stärker zu berücksichtigen, auch um die vorhandene Infrastruktur hierdurch besser auslasten zu können. Das urbane Wohnen in der Innenstadt und die Reaktivierung von Baulücken und Brachflächen sind zur Entwicklung der Innenstädte zu fördern.
- ⇒ In den Bereichen, in denen der Kreis Einfluss nehmen kann (z.B. Angebotsplanung ÖPNV, Kindergärten, Jugendhilfe, Altenhilfe), sollten Planungen mit den Kommunen abgestimmt werden, um die Auslastung vorhandener Infrastrukturen zu sichern bzw. an sinnvollen Standorten zu konzentrieren.
- ⇒ Neue Infrastruktureinrichtungen sollen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kritischer auf ihre Notwendigkeit und langfristige Tragfähigkeit beurteilt werden.
- ⇒ Aufgrund der geringer werdenden Nachfrage und des zunehmenden Überangebotes an Immobilien im unteren Qualitätssegment und in älteren Siedlungsgebieten sind für entsprechende Wohnquartiere Strategien zu deren Attraktivierung zu entwickeln.
- ⇒ Bei der Neuplanung und Modernisierung von Wohnraum und öffentlichen Gebäuden sollte vorausschauend eine spätere Umwidmung und Umnutzung eingeplant werden.
- ⇒ Wohnformen für mehrere Generationen sollten unterstützt werden.
- ⇒ Die Wohnraumanpassungsberatung sollte ausgebaut werden.

7. Mobilität

Ausgangssituation

Ein leistungsfähiger ÖPNV auf der Schiene und mit dem Bus ist ein wichtiger Standortfaktor für den modernen Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Kreis. Die Bewertung zum Nahverkehrsplan des Kreises zeigt, dass im Kreis Warendorf eine gute Angebots- und Beförderungsqualität besteht. Im Vergleich zu Kreisen ähnlicher Struktur und Rahmenbedingungen wird der ÖPNV im Kreis Warendorf als überdurchschnittlich gut bewertet. Die differenzierte Angebotspalette mit SchnellBus, RegioBus- und TaxiBus-Angeboten hat sich bewährt.

Das Busnetz im Kreis ist durch ein vielmaschiges Netz mit rund 50 Linien und 2.000 Haltestellen gekennzeichnet.

Durch den demografischen Wandel sind in Zukunft deutliche Auswirkungen auf den ÖPNV zu erwarten. Diese ergeben sich im Wesentlichen durch Veränderungen des Bevölkerungsaufbaus und der Altersstrukturen.

So wird die „Bildungsbevölkerung“, das sind die Schüler und Auszubildenden, abnehmen mit Auswirkungen auf die Schulverkehre. Da ein erheblicher Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs durch den Schülerverkehr mitfinanziert wird, wirkt sich dieser Rückgang negativ auf die Finanzierung des ÖPNV aus. Zum anderen lässt die zunehmende Alterung der Bevölkerung erhöhte altersspezifische Mobilitätsanforderungen erwarten. Trotz der Tendenz, dass ältere Bevölkerungsgruppen zunehmend noch automobil sind und dieses Verhalten bis ins höhere Alter mitnehmen, wird für einen Teil dieser Altersgruppe aus wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen ein öffentliches Mobilitätsangebot wichtiger.

Diese Tendenzen zeichnen sich in einer Zeit ab, in der weniger Mittel für den ÖPNV zur Verfügung stehen. Das sich hieraus ergebende Problem der Kostenremanenz - immer weniger müssen immer mehr bezahlen - bedarf neuer Lösungsansätze. Dem sich deshalb abzeichnenden Rückzug aus der Fläche und der Konzentration auf Mittelzentren und deren Verbindungen ist mit alternativen Bedienungsformen zu begegnen.

Eine weitere Erscheinung der demografischen Entwicklung ist, dass die jungen Familien als Kerngruppen der Stadt-Umlandwanderungen weniger werden. Dementsprechend wird auch der Zuwachs an Pendlern vom Umland in die Oberzentren nicht weiter zunehmen.

Handlungsbedarfe

- ⇒ Vorrangiges Ziel ist es, die Qualität des ÖPNV und des SPNV für die Bürgerinnen und Bürger im Kreisgebiet zu erhalten und nachfragegerecht zu verbessern
- ⇒ Stärkung und Optimierung des Angebotes auf nachfragestarken Linien

- ⇒ Differenzierung des Angebotes und erhöhte Flexibilität durch Angebotsformen wie Taxibus und Anrufsammeltaxi auf nachfrageschwachen Linien
- ⇒ Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements: Bürgerbus, Pendlerbusse, Nachbarschaftshilfe
- ⇒ Förderung von Mobilitätsangeboten von Einrichtungen und Betrieben wie z.B. Werksverkehre und Altenheimverkehre
- ⇒ Stärkung der Kombination ÖPNV – Lieferdienste
- ⇒ Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im ÖPNV

8. Migration

Ausgangssituation

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch im Kreis Warendorf sind Menschen mit Migrationshintergrund keine Ausnahmerecheinung. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist in jeder Stadt und Gemeinde im Kreis unterschiedlich. Die von ihnen mitgebrachten Lebenswelten sind Ressourcen für die gesellschaftliche Entwicklung. Allerdings können sie auch eine Hemmschwelle bei nicht gelungener Integration sein. Ziel muss es sein, negative Folgen im Interesse des Gemeinwohls zu vermeiden.

Die Gesamtzahl der Zuwanderungen in den letzten Jahren zeigt einen erheblichen Bedarf an Integration unterstützender Rahmenbedingungen auf. Die sogenannten Altzugewanderten sind die entscheidende Bedarfsgruppe.

Ziel der Integrationsarbeit muss es sein, Chancengleichheit herzustellen. Die Teilhabe Zugewanderter an Bildung/Ausbildung, Beschäftigung und gesundheitlicher Versorgung ist zu sichern. Ein Teil der Zuwanderer bringt ein großes gestalterisches Potenzial mit. Dies gilt es zu fördern und zu nutzen. Gelungene Integration ist ein gesellschaftlicher Erfolgsfaktor. Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Damit ist in erster Linie Integrationsarbeit auf der kommunalen Ebene zu leisten.

Da das Thema Migration sehr komplex ist, wird es bei der geplanten Erstellung des Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf vertieft. Eine Erhebung im Sommer 2003 bei den Kommunen in NRW ergab folgende wichtige Handlungsfelder für eine effektive Integrationsarbeit:

Sprachkompetenz: Als Schlüssel für die Integration, die alle Handlungsfelder berührt.

Elementarerziehung: Konzepte müssen an den Bedürfnissen und Lebenssituationen aller Kinder und ihrer Familien (Konzept interkulturelle Erziehung) ausgerichtet werden.

Schulsituation: Basis für den schulischen Erfolg ist die Sprachkompetenz. Die Schule als Träger integrativer Prozesse muss glaubhaft nach innen und außen sein.

Jugend und Soziales: Die Situation der Migrantenfamilien ist in ihren Problemfeldern der Situation einheimischer Familien durchaus vergleichbar, aber mit anderen Schwerpunkten, z. B. Ehekonflikte, Eltern-Kind-Konflikte, Gewalt.

Arbeitsmarktsituation/ Übergang in den Beruf: Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Baustein zur sozialen Integration. Sofern Migranten außerhalb der Beschäftigung leben, bedeutet dies nicht nur Verlust der sozialen Stellung, sondern häufig auch einen Kommunikationsverlust, verbunden mit allen negativen Folgen im Hinblick auf Rückzug, Ausgrenzung und Cliquenbildung.

Wohnsituation: Wohnverhältnisse haben großen Einfluss auf die Integration. Für Migranten gilt, dass sie sich freiwillig oder auch häufig unfreiwillig auf bestimmte Wohnbereiche konzentrieren. Die Entwicklung an sich kann eine Ressource (wirtschaftlich oder sozial), aber auch ein Störfaktor (sozial) sein.

Gesundheit: Zu den Voraussetzungen für eine effektive Nutzung des Gesundheitssystems gehören Kommunikationsfähigkeit, Wissen über den Gesundheitssektor und Verständnis von Gesundheitsvorstellungen.

Partizipation und Willensbildung: Teilhabe an Entscheidungsprozessen ist ein wichtiger Schritt zur sozialen Integration. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass institutionell angelegte Strukturen häufig nicht die Bedürfnisse treffen. Die Einbindung der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund in Entscheidungsprozesse lässt sich auf kommunaler Ebene zuerst umsetzen.

Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe heißt ein Regelangebot für Migranten vorzuhalten.

Handlungsbedarfe

Elementarbereich

- ⇒ sprachliche Förderung,
- ⇒ Förderung interkultureller Sensibilisierung,
- ⇒ Förderung des Vertrauens von Eltern in die Arbeit,
- ⇒ Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- ⇒ Einsatz nichtdeutscher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- ⇒ Informationen für Eltern mit Migrationshintergrund.

Schule

- ⇒ Durchsetzung der Schulpflicht bei unerlaubtem Fernbleiben,
- ⇒ Antirassismus-Training/Gewaltprävention.

Jugend/Soziales

- ⇒ Öffnung der Angebote für Migranten,
- ⇒ Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verbänden und Verwaltung,
- ⇒ Besetzung von Stellen durch Personen mit bikultureller Kompetenz,
- ⇒ runder Tisch vor Ort,
- ⇒ Vernetzung.

Arbeitsmarkt/ Übergang in den Beruf

- ⇒ Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen und Förderung der Ausbildungsmaßnahmen für junge Migranten, die in die Berufswelt einsteigen und für schlecht integrierte Altzuwanderer,
- ⇒ Unterstützung/Förderung der Wege in die Selbstständigkeit.

Wohnen

- ⇒ Bei Direktzuweisung sollte Konzentration vermieden werden,
- ⇒ Betreuung sollte vor, während und nach dem Umzug vorhanden sein,
- ⇒ eine Mieterbeteiligung sollte angestrebt werden,
- ⇒ muttersprachliche Informationen sollten vorliegen.

Gesundheit

- ⇒ Erleichterung des Zugangs zum Gesundheitssystem
- ⇒ Bereitstellung von Informationen zum Gesundheitssystem und zur gesundheitlichen Versorgung

Partizipation/Willensbildung

- ⇒ Zielgruppen sind bei Bedarf direkt anzusprechen,
- ⇒ Augenhöhe der Beteiligten ist zu sichern, z. B. dass sie neben Ratsmitgliedern in Ausschüssen gleichberechtigt sind,
- ⇒ der Wille zur Unterstützung durch Rat und Verwaltung sollte dokumentiert werden.

9. Finanzen

Ausgangssituation

Der skizzierte demografische Wandel wird sich spürbar auf die finanzielle Entwicklung des Kreises auswirken. Dabei lassen sich zumindest drei Entwicklungstendenzen erkennen, aus denen Handlungen abzuleiten sind:

Die Alterung der Bevölkerung sowie die verstärkt notwendige Integration von Migranten in die Gesellschaft wird zu hohen öffentlichen Ausgaben führen. Die in den vorhergehenden Gliederungspunkten dargestellten Handlungsbedarfe deuten dies an. Kostensteigerungen etwa im Bereich der Pflege alter Menschen werden eine weiter wachsende Belastung für den Kreishaushalt bedeuten.

Auf der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte wird sich bei insgesamt schrumpfender Bevölkerung und weiter sinkender Zahl der arbeitenden Bevölkerung ein Rückgang der Steuereinnahmen und der Sozialversicherungsbeiträge ergeben. Diese Entwicklung lässt befürchten, dass es in vertikaler Hinsicht zwischen den Ebenen im föderalen Staatsaufbau und auch in horizontaler Hinsicht auf kommunaler Ebene zu einer Verschärfung des Verteilungskampfes um die knapper werdenden Mittel kommen wird. Die von der demografischen Entwicklung zunächst weniger stark belasteten Gebietskörperschaften, zu denen voraussichtlich tendenziell der kreisangehörige Raum und auch der Kreis Warendorf zählen wird, könnten von einem Umverteilungssog in Richtung besonders belasteter Ballungsräume negativ betroffen werden.

Die Schulden und weiteren Verbindlichkeiten (z.B. für künftige Pensionszahlungen) haben bei allen öffentlichen Haushalten ein dramatisches Ausmaß erreicht. Mit der nicht tragfähigen Verschuldungspolitik der vergangenen Jahrzehnte ist eine enorme Lastenverschiebung auf künftige Generationen einhergegangen. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen. In der Vergangenheit und Gegenwart aufgenommene Kredite zur Finanzierung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte bedeutet zwangsläufig eine erhöhte Steuerbelastung in der Zukunft. Diese erhöhte Belastung wird noch dazu auf weniger (leistungsstarke) Steuerzahler in der Zukunft treffen.

Handlungsbedarfe

⇒ Aus der oben beschriebenen drastischen Entwicklung leitet sich die Forderung ab, dass der Staat sich in stärkerem Maße an der finanziellen Bewältigung der Kosten des Alterns beteiligen muss, da diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung nicht von der untersten Ebene im föderalen Staatsaufbau getragen werden kann. Dies überfordert die Kommunen.

Demografiebericht und Handlungsprogramm für den Kreis Warendorf

- ⇒ Die Beschreibungen zeigen aber auch, dass bereits heute finanzielle Vorsorge zur Abfederung der künftigen Belastungen getroffen werden muss. Es sind Ideen zu entwickeln, wie die anstehenden Aufgaben kreativ und kostengünstig gelöst werden können und wie Einsparungen im Kreishaushalt erzielt werden können.
- ⇒ Es müssen Anstrengungen unternommen werden, damit eine gerechte Mittelverteilung im kommunalen Finanzausgleich erreicht wird.
- ⇒ Da Kreditaufnahmen in der Gegenwart Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft einschränken, ist auch beim Kreis Warendorf auf eine äußerst restriktive Verschuldung des Kreishaushaltes hinzuwirken. Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik dürfen weitere Schuldenlasten nicht entstehen.